

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Worteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Die Inserions-Gebühr
beträgt für die sechsgepaltenen Kolonellen
ober deren Raum 40 Pf., für
Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Dienstag, den 1. März 1898.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Der Nautische Vereinstag und die Sonntagsruhe der Seeleute.

Wie alljährlich im Monat Februar haben auch heuer die deutschen nautischen Vereine im Kaiserhof allhier ihren Vereinstag abgehalten und sich u. a. auch mit der Seemannsordnung beschäftigt.

Die dem Reichsamt des Innern unterstehende technische Kommission zur Seeschiffahrt ist mit Durchsicht der alten und Aenderung eines Entwurfs für eine neue, den gegenwärtigen Zeitverhältnissen entsprechende Seemanns-Ordnung beauftragt worden.

Nachdem sich nun die einzelnen nautischen Vereine bereits mit dieser Materie beschäftigt hatten, wurde von diesen, wie gewöhnlich bei Fragen von allgemeiner Bedeutung, namentlich dann, wenn sich's um geschwebende Angelegenheiten handelt, in letzter Instanz der Vereinstag mit der nochmaligen Beratung betraut.

In der Diskussion des Entwurfs hat die Frage der Sonntagsruhe der Seeleute nach den Zeitungsberichten einen breiten Raum eingenommen. Während es nach der bestehenden Seemannsordnung für den Seemann ein Recht auf Ruhe überhaupt nicht gibt, geschweige denn auf Sonntagsruhe, hat die technische Kommission es doch für notwendig erachtet, in dieser Beziehung den sozialdemokratischen Vorschlägen nicht so ganz und gar aus dem Wege zu gehen.

Wenn das Schiff in einem Hafen liegt, so ist, wenn nichts Anderes vereinbart ist, der Schiffsmann nur in dringenden Fällen schuldig, länger als zehn Stunden zu arbeiten.

Sonntagsarbeit und Arbeit über zehn Stunden hinaus — ist als Ueberzeitarbeit zu vergüten.

Dieser völlig ungeschickliche Paragraph, der an den bestehenden Zuständen auch nicht das geringste ändert und den Schiffsmann nach wie vor der Willkür seiner Ausbeuter überläßt, indem nach dem beibehaltenen § 80 der Schiffsmann verpflichtet ist, in Ansehung des Schiffsdienstes den Anordnungen des Schiffers unweigerlichen Gehorsam zu leisten und zu jeder Zeit alle für Schiff und Ladung ihm übertragenen Arbeiten zu verrichten, hat doch den ganzen Fortschritt der nautischen Interessenten wackererufen.

Wir haben von Vereinen für evangelische Seemannsmission u. a. das Ersuchen erhalten, möglichst für eine ausreichende Sonntagsruhe zu wirken.

reichende Sonntagsruhe zu wirken. (Daß der Herr Geheimrath die Seeleute bezug, den diesbezüglichen Antrag in dem von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eingereichten Entwurfe in dieser Gesellschaft nicht zu erwägen für gut befand, wollen wir ihm nicht weiter verübeln.) Nun wissen wir ja, welch ein mißliches Ding die Durchführung des Prinzips der Sonntagsruhe im Verkehrsgewerbe ist.

Der Vertreter der Hamburg-Amerika-Linie, Direktor Landner, gab den Ton an. Er erblickt in der Annahme dieser Bestimmung in das Gesetz eine ungeheure „Kapitalschädigung“.

Es bleibe dahingestellt, ob die letzteren beiden Herren wirklich keine Kenntnis davon haben, daß viele Seeleute, namentlich recht fromme und gottesfürchtige, die den Katechismus und die Bibel besser kannten als das Gesetz, wähen es, sie unterstanden, die Seemannsordnung, mit oftmals mehr, unwilligen Gefängnisstrafen den Tritium blühen mußten, daß das dritte Gebot: „Du sollst den Feiertag heiligen“ auch für deutsche Seeleute Gültigkeit habe, und aus diesem Tritium heraus ihnen übertragene Arbeiten an Sonn- und Feiertagen verweigerten.

Ich hebe hervor, daß eine absolute (sic!) Sonntagsruhe gar nicht im Interesse der Seeleute selber liegt. Die Hamburg-Amerika-Linie hatte einmal den Befehl gegeben, daß Sonntags nur die allerersten und wichtigsten Arbeiten verrichtet werden dürften.

Da haben wir doch endlich einmal von durchaus „autoritativer Seite“, aus offizieller Munde eine unaufschobbare Anerkennung der so oft aufgestellten und ebenso oft bestrittenen Behauptung, daß die Seeleute von den ihnen gezahlten Hungersöhnen nicht leben können.

Das war ein Zustand schon schlimm genug für die Zeit, in der die Bevölkerung vorzugsweise Naturalwirtschaft mit geringem Güterauslaß betrieben hatte, er wurde unerträglich, als nicht der Ort, nicht die Provinz, kaum noch das ganze deutsche Staatengebiet ein isoliertes Wirtschaftsgebiet bildete.

Die deutsche Volkswirtschaft hat es in seiner politischen Ansehung dem beschränkten Bureaunkrautentstand die Leitung seiner Geschicke überlassen.

Die deutsche Bureaunkratie, die damals als Klasse betrachtet, durchweg Gegnerin der politischen Einigung Deutschlands war und soeben noch die einseitigamerikanischen „Demagogen“ bis auf Blut verfolgt hatte, ahnte natürlich in ihrer blinden Kurzsichtigkeit nicht, daß sie durch die wirtschaftspolitische Einigung auch die staatspolitische Einigung vorbereitete.

In jene Zeit fällt auch der Beginn der Missionärsichtung in Deutschland. Die namentlichen Praktiken, durch die in Frankreich Finanz, Aristokratie und Bürger-Königtum Gelder zusammenrafften, fanden auch in Deutschland ihre Seitenstücke, nicht so großartig zwar wie die Urbilder es waren, denn im vormaligen Deutschland war alles kleinlicher und kümmerlicher angelegt, als in Frankreich oder England, alles, auch die Finanzgoumerie an groß.

Die politische Bedeutung der Zollvereinigung erbteit schon daraus, daß sich später die politische Einigung Deutschlands zum Deutschen Reich auf den namentlichen Unionen vollzog, die durch den Zollverein vorgezeichnet waren. Eine deutsche Volksvertretung von 1815 hätte gesagt: „Mein Vaterland muß größer sein!“ Sie hätte Oesterreich nicht draußen gelassen. So hat es sich damals schon an dem

arbeiten, schaffen ohne Hast, ohne Hast, bis zum Verliegen ihre Arbeitskraft, bis zum Zusammenbruch, nur um sich den Gunge vom Leibe halten zu können.

Hoffentlich werden die deutschen Seeleute diese Worte des Vertreters des zweitgrößten Rhedereibetriebes in ganz Deutschland niemals vergessen. Daß die sozialdemokratischen Vertreter der Seeleute im Reichstage dafür Sorge tragen werden, daß die von Oberinspektor Meyer verkündete Thatsache gehörigen Orts im Interesse der Seeleute verwendet wird, versteht sich am Rande.

Bei solcher Stimmung war es erklärlicherweise dem Regierungsvertreter trotz aller angewandten Mühe nicht möglich, auch nur das kleinste Zugeständnis in der fraglichen Angelegenheit zu erlangen. Vergebens waren seine Versicherungen, daß die Regierung ja gar nicht daran denke, die „absolute“ Sonntagsruhe für die Seeleute zu fordern, ja nicht einmal beachtliche, eine wirkliche Aenderung des bestehenden Zustandes herbeizuführen, wenn wirklich der stittige Passus in die Seemannsordnung aufgenommen würde.

Es wird sich ja nun zeigen, ob die Regierung diesen Ausbeutern gegenüber festbleiben, oder als „Starker“ müßig zurückweichen wird. Die hoffentlich noch in diesem Jahrhundert erscheinende Novelle zur Seemannsordnung wird's lehren, welchen Weg die Regierung zu wählen für gut befunden hat.

Es ist nunmehr Sache der organisierten deutschen Seeleute, in dieser Frage das Wort zu ergreifen und der Regierung in nicht mißzuverstehender Weise klar zu machen, daß sie auch Menschen und Steuern zahlende Reichsbürger sind, und mithin ein wohl begründetes Recht auf geschlichen Schuß und auf eine Sonntagsruhe haben, soweit eine solche nach Art des Betriebes möglich und durchführbar ist.

1848. Erinnerungstage der Revolution.

1. März.

In Deutschland hatten die Nachrichten aus Paris eine ungeheure Aufregung hervorgerufen. Schon in den letzten Februar und den ersten Märztagen entstanden überall in den süd- und mitteldeutschen Staaten lebhaft, gegen die reaktionären Regierungen gerichtete Volksbewegungen. Sogar der Bundesstag in Frankfurt a. M. sah sich bewogen, diesem neuen Geist scheinbare Zugeständnisse zu machen.

Baden und Württemberg erklärten in der Sitzung des Bundesstags vom 1. März, ohne Bewilligung der Pressefreiheit sich nicht mehr halten zu können, und säßten dieselbe gleichzeitig provisorisch ein.

In Paris findet die erste Sitzung der zur Untersuchung der Arbeiterfrage eingesetzten Kommission statt. Die Arbeitszeit wird in Paris von 11 auf 10 und in den Provinzen von 12 auf 11 Stunden herabgesetzt.

Zur Vorgeschichte der 48er Revolution in Deutschland.

II.

Während die Freiheits- und Einheitsbestrebungen der deutschen Ideologen den Verfolgungen der Bureaunkratie und ihrer Spionhorden zum Opfer fielen, waren im Wirtschaftsleben der Nation Kräfte tätig, die eine Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse herbeiführten und den Boden für staatliche Neugestaltungen vorbereiteten. Die Großindustrie, lange zurückgehalten durch die ewigen Kriege und den Druck kleinlicher Beamtenhikanen hielt ihren Einzug in Deutschland, Vordampfung voraus. Schon die Noth nach der Jenerer Niederlage hatte zur Einführung der Gewerbefreiheit in Preußen geführt.

Trotz der Verständlosigkeit dieses Landwatters für die Lebensinteressen des seinem Szepter preisgegebenen Volkes drängten gerade unter seiner Regierung die Verhältnisse zu einer wirtschaftspolitischen Erneuerung von größter Tragweite: Handel und Wandel stießen sich in Deutschland an den Zollschranken, die die unorganisch abgegrenzten Einzelländer in ihren regellos durcheinander gewürfelten Bruchstücken überall umschlossen.

Die politische Bedeutung der Zollvereinigung erbteit schon daraus, daß sich später die politische Einigung Deutschlands zum Deutschen Reich auf den namentlichen Unionen vollzog, die durch den Zollverein vorgezeichnet waren. Eine deutsche Volksvertretung von 1815 hätte gesagt: „Mein Vaterland muß größer sein!“ Sie hätte Oesterreich nicht draußen gelassen. So hat es sich damals schon an dem

deutschen Volke gerächt, daß es in seiner politischen Ansehung dem beschränkten Bureaunkrautentstand die Leitung seiner Geschicke überlassen.

Die deutsche Bureaunkratie, die damals als Klasse betrachtet, durchweg Gegnerin der politischen Einigung Deutschlands war und soeben noch die einseitigamerikanischen „Demagogen“ bis auf Blut verfolgt hatte, ahnte natürlich in ihrer blinden Kurzsichtigkeit nicht, daß sie durch die wirtschaftspolitische Einigung auch die staatspolitische Einigung vorbereitete.

In jene Zeit fällt auch der Beginn der Missionärsichtung in Deutschland. Die namentlichen Praktiken, durch die in Frankreich Finanz, Aristokratie und Bürger-Königtum Gelder zusammenrafften, fanden auch in Deutschland ihre Seitenstücke, nicht so großartig zwar wie die Urbilder es waren, denn im vormaligen Deutschland war alles kleinlicher und kümmerlicher angelegt, als in Frankreich oder England, alles, auch die Finanzgoumerie an groß. Die Methode indes blieb die nämliche. So erzählte der preussische Bundestags-Gesandte Graf Salen — es ist gut, einen so zweifelsfreien Gewährsmann zu haben — eine charakteristische Geschichte von der Geschäftsverbindung des Hauses Rothschild mit dem Prinzenregenten des damaligen Kurfürstentums Hessen-Kassel. Die Rothschild's, aus Frankfurt kommend, verdanken, das mag voraudemerkelt werden, den Grundstock ihres Vermögens dieser alten Geschäftsverbindung. Der Kurfürst von Hessen hatte sich ein beträchtliches Vermögen durch den Verkauf seiner Landesländer als Söldlinge an die englische Regierung zur Bekämpfung der amerikanischen Nordamerikaner erworben, so daß noch heute in den Vereinigten Staaten das Wort „Hesse“ ein Schimpfwort für feile Soldaten ist. Uebrigens hatten auch andere deutsche Landesväter diesen einträglichen Handel getrieben. Schiller entwirft von seinen Wirkungen in „Rahole und Liebe“ ein anschauliches Bild. Als nun der Kurfürst von Hessen vor Napoleon flüchten mußte, übergab er sein Vermögen zur Verwaltung dem Frankfurter Bankier Anselm Meier Rothschild, der so trefflich damit zu wuchern wußte, daß er selbst ein reicherricher Mann wurde, ohne daß sein fürstlicher Kompanon dabei zu kurz kam. Ihre Nachkommen setzten die guten Beziehungen fort. Graf Salen erzählt nun: Als die Bahn von Kassel nach Frankfurt gebaut werden sollte, hätte das Haus Rothschild statt der erforderlichen Anleihe von 6 Millionen Thaler, gleich 1/4 Millionen Thaler mehr aufgelegt und den Ueberschuß als „Provision“ mit dem Kurprinzen von Hessen getheilt.

Politische Uebersicht.

Berlin, 28. Februar.

Der Reichstag beschäftigte sich heute trotz aller Versuche der Konservativen, die Verhandlungen auf ein anderes Gebiet zu lenken, fast ausschließlich mit den Eisenbahn-Unfällen, welche die Bevölkerung mit recht in so große Erregung versetzt haben. Dr. Bachus von der freisinnigen Vereinigung eröffnete die Debatte mit einer Begründung seiner Resolution, welche die Intervention des Reiches gegen die Schäden des Eisenbahnwesens in den Partikularstaaten forderte. In ebenso scharfer wie sachkundiger Weise erörterte Genosse Gerisch die Ursachen der Eisenbahnunfälle, er exemplifizierte an dem Eisenbahnunglück von Gelle, wie man alle möglichen Dinge dem Publikum vorzuzählen, um es von der Erkenntnis der wirklichen Ursachen abzulenken. Die Regierungsvortreter hatten die üblichen Redensarten, halben Versprechungen und Entschuldigungen vorgebracht, sie konnten aber den Eindruck der oppositionellen Reden nicht verwischen.

Morgen wird die Debatte fortgesetzt.

Das preussische Abgeordnetenhaus hielt heute zwei Sitzungen ab. Die erste Sitzung, auf deren Tagesordnung die zweite Lesung des Eisenbahn-Gesetzes stand, erreichte schon nach wenigen Minuten dadurch ihr Ende, daß der Ministerialdirektor Fleck mittheilte, der Eisenbahnminister Thiele sei gestern Abend schwer erkrankt.

In der zweiten Sitzung, die einige Stunden später stattfand, wurden eine Reihe kleinerer Etats, meist ohne Debatte, genehmigt. Beim Etat der Lotterieverwaltung regte Abg. Krenndt (f.) unter Hinweis auf die vielen Mißstände im Lotteriewesen die Schaffung einer Reichslotterie an. Minister v. Miquel gab die Mißstände zu, hält aber den Plan einer Reichslotterie nicht für durchführbar und glaubte, daß durch eine Kontingenterziehung sowohl der Wohlthätigkeitslotterien als auch der Lotterien der Einzelstaaten eine Verbesserung erzielt werden könne. Gegen den Gedanken einer Reichslotterie sprach Graf Limburg-Stürum (f.) im Interesse der Selbstständigkeit der Einzelstaaten, während Abg. Dr. Sattler (nat.) überhaupt die Lotterien aufgegeben wissen wollte, dabei aber auf den Widerstand des Finanzministers sich, der die Millionen, die hieraus für den Staat fließen, nicht entbehren zu können glaubt.

Morgen: Etat der direkten und der indirekten Steuern.

Der Unfall des Zentrums in der Flotten-Vorlage erregt in der konservativen und nationalliberalen Presse eitel Freude. Es zeigt sich dabei, wie sehr diese Blätter gehandelt hatten, als sie es so darzustellen suchten, als ob eine Auflösung des Reichstages und eine Wahl unter der Parole des Flottengesetzes ihnen angenehm sein würde. Jetzt ist ihnen ein Stein vom Herzen gefallen. Und sie haben das dem Zentrum zu danken, was ihnen allerdings auch nicht recht paßt, wie einige Abgelenken der „Hamb. Nachrichten“ und der „Berliner Neuesten Nachrichten“ zeigen, was sie aber in Kauf nehmen müssen.

Interessanter ist die Haltung der Zentrumspreffe. Die „Germania“ sucht den eskalirten Unfall derer um Dr. Lieber in tödlicher Weise zu benüteln. Sie stellt die Situation so dar, als sei es der Staatssekretär Tzipich, der sich auf dem Wege der Verständigung dem Zentrum genähert habe, während in Wahrheit die Konzeptionen der Regierung gleich Null sind und die Konzeptionen des Zentrums ungefähr alles ausmachen, was die Regierung von vornherein forderte. Die „Germania“ thut ferner noch gar wichtig, daß auch jetzt noch mannigfache Schwierigkeiten zu überwinden seien, um die Vorlage endgiltig zu sichern; besonders die Deckungsfrage müsse noch gelöst werden. Wir aber glauben, Herr Dr. Lieber wird mit diesen Schwierigkeiten sehr leicht fertig werden. Wer das Septennat, das Meternat bewilligt, wer die Vernichtung des Staatsrechts des Reichsparlamentes übernimmt, dem wird auch die Kostenfrage keine schlaflosen Nächte bereiten.

Die Frage ist nur, ob ein erheblicher Theil des Zentrums dem Dr. Lieber die Heeresfolge verweigern wird. Hierüber läßt sich sicheres heute noch nicht sagen. Daß nicht in allen Theilen der Zentrums-partei Begeisterung über den großen Unfall herrscht, ist klar. Die „Märk. Volks-Ztg.“, welche die Politik der mehr demokratisch gerichteten rheinischen Kaplane verfolgt, ist nicht sehr erbaunt von den Verhandlungen und Beschlüssen der Budget-Kommission. Sie brüht ihre Unzufriedenheit durch folgende Bemerkung aus:

Während so die großen Finanzmänner ihren Vortheil auf fetten der Nachhaber suchen, entwickelte sich in dem übrigen Bürgerthum ein scharf oppositioneller Geist. Die Unversöhnlichkeit waren damals wesentlich freirechtlich gesinnt. Die Demagogieverfolgungen streckten ihnen noch in den Knochen. Das zeigte sich z. B., als 1887 gegen den Verfassungbruch des aus England herübergekommenen neuen Königs Gust August von Hannover sieben Göttinger Professoren protestirten. Sie wurden aus dem Amt gejagt, aber auf allen Hochschulen Deutschlands geehrt. Inzwischen auch die herangerückte Demagogie begann sich zu fühlen. Sie empfand angesichts ihrer Bedeutung im Wirtschaftsleben es doppelt peinlich, daß sie im Staate so gut wie nichts bedeutete, daß ein dunkelhafter Adel und eine verächtliche Unterklasse sich in die Macht theilten. Besonders in Preußen trat dieser Gegensatz scharf zu Tage, in den kleineren deutschen Staaten war er durch landständische Verfassungen einigermaßen gemildert. In Preußen aber stand die damals schon hochentwickelte rheinische Bourgeoisie und das nicht minder vorgeschrittene Industrie-Proletariat, beide Klassen durchdringt von den Einflüssen der französischen Revolution, dem Staatswesen, das sich auf die eheliche Juntaschaft stützte, in scharfer Opposition gegenüber. So kam es, daß die Rheinlande damals die Vorhut im Kampfe gegen die feudalen-bürokratischen Staatsordnung in Deutschland bildeten.

Aber auch im übrigen Deutschland fehlte es nicht an Anzeichen dafür, daß das Volk aus seiner dumpfen Unterthanenemüth erwachte, denn auch die anderen beherrschten Klassen, die Bauernschaft und das Kleinbürgerthum waren von dem Geiste der Unzufriedenheit angehaucht worden. So kam es als Nachwirkung der französischen Juli-Revolution des Jahres 1830, die Karl X. die Krone gestohlet hatte, in Braunschweig zu einem Aufstande gegen den lebensmüden verwahrlosten Herzog Karl, der von seinem angestammten Thronchen heruntergejagt wurde und dann nach Jahrgelute lang in Paris und Genf als Exilant der Halbweidamen unter dem Namen des Diamantenerzogs die europäische Skandalchronik bereicherte.

In Preußen verdrängte sich die Bevölkerung mit dem sprichwörtlichen Kronprinzen-Liberalismus. Sie erwartete große Dinge von dem im Gerichte der Weltreichthum und Freiheitsliebe stehenden Kronprinzen Friedrich Wilhelm und ließ deshalb die Regierung seines gleichnamigen Vaters, des dritten seines Namens, ruhig über sich ergehen, immer auf einen baldigen Thronwechsel hoffend. Wie es zu Lebzeiten dieses Fürsten mit der Landesregierung bestellt war, erzählt gar lässlich aus einem Konfessionsgeheimniß, das der Minister v. Miquel eben angekündigt hat:

Wir kennen die Meinung des Monarchen ganz genau und können unsere Berichte also abfassen, daß wir der Ornehmung sicher sind.

Wie die Mehrheit des Zentrums sich zu den Ansichten in der Budgetkommission stellen wird, wonach der Regierung in der Sache alles bewilligt werden soll, ist noch unbekannt. Beschlußfassung darüber ist noch nicht erfolgt. Wir meinen, ohne eine Bestimmung darüber, wie die Kosten zu decken sind — und zwar ohne Belastung der schwächeren Schultern... — dürfte das Flottengesetz nicht angenommen werden.

Das Blatt kritisiert dann weiter recht scharf das Verhalten der Budgetkommissions-Mitglieder zu dem sozialdemokratischen Antrag betreffend die Deckungsfrage. Aber mit der Bindung des Staatsrechts scheint auch dies Blatt sich schon abzufinden, es bringt wenigstens nichts mehr dagegen vor. Wenn man dazu nimmt, daß Leute wie Abg. Müller-Fulda, die auf dem linken Flügel der Zentrumsparthei stehen, in jeder Hinsicht mit Dr. Lieber gestimmt haben, kann ist offensichtlich, daß hinter diesem Parteiführer jedenfalls die große Mehrheit seiner Fraktion stehen wird. Mögen vielleicht einige bayerische Abgeordnete abspalten, die Mehrheit für die Vorlage erscheint gesichert.

Wir möchten uns unter diesen Umständen schon jetzt den Vorschlag erlauben, das erste Panzerschiff, welches aufgrund des neuen Flottengesetzes gebaut werden wird, zu taufen auf den Namen des um dies Gesetz verdientesten Mannes: Dr. Lieber!

Mit der Sammlung sieht es wirklich schlecht. Die „Nationalliberale Correspondenz“, die ihre Indiskretionen über die Sammlungsaktion im Abgeordnetenhaus fortsetzt, macht vor allem die hochinteressante Enthüllung, daß auch Mitglieder der Zentrumsparthei an den Beratungen theilnahmen. Ist Herr Lieber schon so weit?

Eine vorgeschlagene Resolution, die in handelspolitischer Begleitung Grundlage der Agitation der „Sammlungspolitiker“ sein soll, wurde mit 11 gegen 11 Stimmen abgelehnt! Merkwürdige Sammlung.

Ein Aufschlag auf das Leben König Georg's von Griechenland soll am Sonnabend Nachmittag verübt worden sein. Ein amtlicher Bericht, der in Athen herausgegeben wurde, besagt über das Attentat:

„Dreizehn Uhr, als Se. Maj. der König in Begleitung der Prinzessin Marie in offener Wagen von seiner gewohnten Spazierfahrt aus Palast-Platz zurückkehrte, schossen zwei mit Grasgewehren bewaffnete unbekannte Individuen aus einer Entfernung von fast sechs Klafter auf das königliche Fuhrwerk. Sie verwundeten den Leibjäger, welcher neben dem Kaiser saß, leicht am Bein und die beiden Pferde. Seine Majestät wurde, obgleich er sich erhob, um Prinzessin Marie gegen die Geschosse zu decken, nicht verletzt und kehrte unverletzt in das Palais zurück.“

Aus den sonstigen telegraphischen Meldungen über die Vorgänge bei diesem sonderbaren Attentat und die Stimmung der Bevölkerung erscheint noch folgendes mittheilenswerth:

Es fand am Sonnabend harte Patrouillen abgehandelt worden, um der Mörder habhaft zu werden. Die Polizei soll einem Klub auf der Spur sein, welchem einer der Verbrecher angehört zu haben scheint und von welchem derselbe, wie man annimmt, durch das Loos zur That bestimmt worden ist. Ein unterer Beamter der Bürgermeisterei, namens Kardiki, ist verhaftet worden; derselbe soll an der That theilhaftig gewesen sein, sich aber weigern, Mithschuldige zu nennen.

Die Bevölkerung soll in allen Kreisen von Abscheu gegen das Attentat erfüllt sein; auch die Kreise, in denen wenig Sympathie für den König herrscht, seien von demselben Gesühle bewegt. In den Provinzen wird, so telegraphirt das Wolff'sche Bureau, die That ebenso scharf verurtheilt, wie in der Hauptstadt. Royalistische Kundgebungen werden in ganz Griechenland geplant. Die der Regierung freundlich, sie misst die Schuld an dem Attentat einer gewissen Presse bei, welche jeden Tag die Seele des Volkes erregt, indem sie vorgebe, an dunkle Mächte zu glauben, die auf die Niederlage und den Untergang Griechenlands hinarbeiten.

Das Attentat macht — nach den bisherigen Mittheilungen zu urtheilen — einen höchst eigenthümlichen Eindruck. Eigenthümlich ist das überwältigende Ungeschick der beiden mit Grasgewehren bewaffneten Männer. Eigenthümlich ist, daß jede Nachricht über das Verbleiben und die Art der Geschosse fehlt. Wären es vielleicht Plakhyatronen, mit denen das Leben des Königs Georg bedroht war?

Das ist jedenfalls sicher: Nichts konnte dem König der Hellenen und seiner Dynastie gelegener kommen als dies Attentat. Der unglückliche König und die traurige Finanzlage haben das Ansehen der herrschenden Kreise des Landes, insbesondere der königlichen Familie schwer erschüttert. Das griechische Königthum befand sich in einer recht un-

So geht's her in absoluten Monarchien. Die Pflichten, die den Landesvater genau subirt haben, die ihm alles bearbeiten und zu schneiden, was er zu lesen bekommen soll „im Staatsinteresse“, unterbreiten ihm die fertig gemachten Beschlüsse in solcher Form, daß er stets den Ausdruck seiner „allerhöchsten“ Willensmeinung zu unterschreiben glaubt.

Im Jahre 1840 erfolgte der Thronwechsel, der dem romanisch angelegten, redelustigen Friedrich Wilhelm IV. die preussische Krone übertrug. Man erhobte liberale Wunderdinge von ihm. Zunächst wurde auch die öffentliche Meinung wenigstens dadurch berührt, daß er durch eine Amnestie für alle politischen Verbrechen und Vergehen einigen der noch lebenden Opfer der Demagogieverfolgungen Freiheit und Rechtssicherheit gab. Es gehört zu den dramatischen Effekten der Weltgeschichte, daß einer der besthabtesten Feindes der Demagogen, der Geheimrath Tschopp, auf die Nachricht von ihrer Freilassung hin in Wahnsinn verfiel. Er glaubte sich verfolgt von allen den Opfern seiner staatsräuberischen Thätigkeit.

Alle Welt hatte aber auch erwartet, der König werde nun endlich das Versprechen seines Vaters, eine Verfassung mit Volksvertretung zu geben, einlösen. Friedrich Wilhelm schwankte auch eine zeitlang, ob er nicht das Versprechen erfüllen müsse. Da brachte der politische Regisseur des verfallenen Regimes Fürst Wittgenstein ein Schriftstück vor, in dem angeblich König Friedrich Wilhelm III. als seinen testamentarischen Willen — aber ohne alle testamentarischen Formen — bestimmt hatte, daß eine Verfassungsänderung nur mit Zustimmung der Agnaten, also der erbberechtigten männlichen Verwandten des Königs, erfolgen dürfe. Der König neigte der Ansicht zu, daß er dieses Schriftstück nicht anerkennen brauche, gab aber auf den Widerspruch seines Bruders, des Prinzen von Preußen, des nächstberechtigten Thronerben (später König Wilhelm I.) endlich nach. Es ist bezeichnend für dieses Regierungssystem, daß von der momentanen Umgebung eines allerhöchsten Grades dauernd die Fortentwicklung des Verfassungslebens der Nation abhängig gemacht werden sollte.

Friedrich Wilhelm IV. lebte sich als ausgemachter Stimmungsmensch bald in den berausenden Gedanken des Gottesgnadenthums ein. Bei der Publigung der spreussischen Provinzialstände gab er auf die Anfrage, wie es denn sei mit der Verfassung, die Antwort, er würde auf der Grundlage ständischer Gliederung (mit den bestehenden Provinzial- und Kreisständen) die Regierung fortführen. Darob entstand große Aufregung im preussischen Bürgerthum, und diese Aufregung brachte zuerst einen Mann in die Schranken, der in späteren Lebensjahren, nachdem er ein volles Menschenalter hindurch sich vergeblich bemüht hatte, den kleinen Säbel der bürgerlichen Demokratie zu schleifen, sich der Sozialdemokratie anschloß. Der Arzt Johann Jacoby in Königsberg

angenehmen Lage, in einer Lage, die an das Jahr 1862 erinnert, in welchem König Otto und mit ihm die bayerische Dynastie den griechischen Thron verlor. Denn wie damals befindet sich das Land in einem Zustand nationaler Verzweiflung. Schon während des Krieges im vorigen Jahre und nach seiner Beendigung drohte das Königthum Georg's zu grunde zu gehen, nur glücklich lavierte es sich durch. Und nun ist ihm der Fetter erstanden. Wie gerufen kam das Attentat. Die Unzufriedenheit gegen eine Regierung, der man schuld giebt, das Land ins Unglück gestürzt zu haben, verwandelt sich in Empörung über die Bösewichter, die den König heimtückisch ermorden wollten.

Man muß weitere Nachrichten abwarten, um zu beurtheilen, was an dem Attentat ist. Vorläufig ist es schwer, die Sache überhaupt ernsthaft anzufassen; jedenfalls dürfte kaum je ein Fürst mit so gutem Recht wie König Georg ausrufen: Gesegnet sei die Bombe, gesegnet sei das Grasgewehr! —

Rußland und Japan in Ostasien. Aus Petersburg wird gemeldet: Der Zar hat beschlossen, daß die zehn ost-sibirischen Küstenbataillone im laufenden Jahre zu Regimentern & zwei Bataillonen umgewandelt und die Reiterdivision des Küstengebietes durch ein neues Dragoner-Regiment zu sechs Schwadronen verstärkt werden.

Nach einer Meldung des Bureau Reuters soll die japanische Regierung beabsichtigen, von China Erklärungen zu erbitten, wenn die russische Flotte nicht den Hafen von Port Arthur verlassen sollte, sobald die Schifffahrt in den nördlichen Häfen wieder eröffnet ist. Die japanische Regierung behauptet, Rußland habe den von Yamagata und Kobanoff hinsichtlich Korea's abgeschlossenen Vertrag verletzt.

Deutsches Reich.

Ein merkwürdiger Selbstdiagnoseprozeß soll, der „Märk. Volks-Ztg.“ zufolge, der „National-Zeitung“ drohen. Der Abg. Frhr. v. Jellich-Müllich hatte im Abgeordnetenhaus der „Nat.-Ztg.“ den Vorwurf gemacht, sie beutete die Politik aus vom großkapitalistischen Standpunkt aus, worauf die „Nat.-Ztg.“ u. a. erwiderte, für die ausgeübte Preßthätigkeit des Hrn. v. Jellich seien wohl nur Gründe des Gelderwerbes maßgebend.

Magt Herr v. Jellich deshalb erst anno 1898, weil er seit langem seine Preßthätigkeit eingeschränkt haben soll oder verläßt er sich darauf, daß seine Honorare bei der „Welt“ wenigstens unter anderem Namen einfließen würden? Schon 1890 mußte Herr v. Jellich in einer Aufschrift an die „Saale-Zeitung“ eingeleben, daß er Herrn Schweinburg journalistisch unterstütze. In interessanten Geberungen vor Gericht könnte es bei diesem Prozesse wohl kommen, wenn nicht, wie wir sehr befürchten, die Sache von einflussreichen Freunden der feindlichen Brüder früher in Ordnung gebracht werden wird.

Sie werden sich lieber vertragen statt sich zu schlagen.

Eine kleine Reform im Reiche des Herrn Thiele. Aus Bromberg meldet man der „Berl. Ztg.“: Infolge der vielen Eisenbahn-Unfälle hat die hiesige Eisenbahndirektion angeordnet, daß die Hauptbahnen von den Bahnhauptstellen nicht wie früher nur dreimal binnen 24 Stunden, sondern sechsmal revidirt werden. Die Strecke für einen Bahnhauptort ist von 4 1/2 auf 3 Kilometer verkürzt worden. — Das genannte Blatt fügt hinzu: „Technische Besichtigungen werden wohl auch seitens der übrigen Eisenbahn-Direktionen getroffen werden. Wir nehmen dabei als Selbstverständliches an, daß mit der Vermehrung der Zahl der Revisionen auch eine entsprechende Vermehrung des Wärterpersonals Hand in Hand geht.“

In einer tiefig besuchten Versammlung verhandelten am Sonntag die Vergleute der Bochumer Gegend über die Nothwendigkeit der Vermehrung des Arbeiter-Kongresses. Die Versammlung, der nach Angabe des Wolff'schen Bureau ungefähr 4000 Mann beiwohnten, nahm zwei Resolutionen an, von denen die erste die Anstellung von Vergarbeiter-Kontrolloren für beleuchtungsgefährliche Strecken, die Anstellung von Wetterkeigern, sowie die Umgestaltung der Wetterführung forderet. Die zweite Resolution verlangt die Abänderung des § 8 des Unfallgesetzes dergestalt, daß die Ansprüche der Vergarbeiter an die Anknappschaffstoffe sichergestellt werden. Als Redner traten auf die Reichstagsabgeordneten Euler-Neckinghausen, Pätgenau, Dortmund und Müller-Waldenburg.

Die Nationalliberalen sind, wenn man Luft verspüren sollte, den Ausführungen des Abgeordneten Paasche auf dem thüringischen nationalliberalen Parteitags Glauben zu schenken, bis auf zwei, drei Fraktionmitglieder vollständig einig. Wir wissen, daß dies Gesunkener und Täuschung der Parleigänger ist.

Der thüringische Parteitag nahm eine Resolution an, der wir den folgenden Passus entnehmen:

Es vertheilt den Gedanken der Sammlung im Sinne einer Sammlung aller politisch befähigten Elemente der Wählerschaft

veröffentlichte 1841 eine Flugchrift „Vier Fragen, beantwortet von einem Ötzeuchen“. Die Fragen lauteten: Was wünschen die Stände? Was berechtigt sie? Welcher Bescheid ward ihnen? Was bleibt ihnen zu thun übrig? Die Antwort auf die letztere Frage sagte kurz: „Das, was sie bisher als Günst erbeten, nunmehr als erwiesenes Recht in Anspruch zu nehmen.“

Jacoby wurde, wie das so der Brauch, angeklagt wegen Majestätsbeleidigung, vom Hammergericht verurtheilt, aber auf seine Berufung hin — eine solche Einrichtung gab's damals noch in Preußen — freigesprochen.

Die Verfassungsfrage blieb im Fluß. Nicht irgend welches Wohlwollen ihr das Volk, sondern die Noth der Verhältnisse zwang den König schließlich doch noch, einen Versuch mit einer Landesvertretung zu machen. Schon am 17. Januar 1820, noch zu Zeiten Friedrich Wilhelm's III., war nämlich ein Gesetz erlassen worden, daß Staatsanleihen nicht ohne Zustimmung und Mitwirkung von Reichsräthen abgeschlossen werden sollten. Angesichts der damals lauffam bemerkbar gewordenen Nothwendigkeit der Thronen wollten die Finanzbarone sich nicht anders auf Staatsanleihen einlassen. Friedrich Wilhelm IV. stieß nun am 3. Februar 1847 in ausgedehnter Erfüllung dieses Gesetzes ein „königliches Patent“, in dem er versprach, so oft neue Anleihen oder neue Steuern erforderlich werden sollten, die Provinzialstände zu einem „Vereinigten Landtag“ zusammenzutreten zu lassen. Dieser Vereinigte Landtag, in dem der Adel die Mehrheit hatte, sollte außer der Steuer- und Anleihebewilligung nur das Recht haben, mit Zweidrittel-Mehrheit „Witten“ an den König zu richten.

Am 11. April 1847 trat dann auch der erste und einzige Vereinigte Landtag in Berlin zusammen. Der König war so freundlich, — zu erklären, er hätte sie nicht berufen, wenn er glauben möchte, sie hätten Gefährde, die Rolle sogenannter Volksvertreter zu spielen.“ Das war dem doch selbst die besten liebesnach geschehen getreuen „Herren Ritters und Bürgern“ zu starker Labal. Eine zahlreiche Opposition, hauptsächlich Ötzeuchen und Rheinländer umfassend, machten aus ihren „Gefährden“ kein Hehl. Obgleich sie diesen Gefährden nur auf recht schwächliche Weise Ausdruck gaben, kam es doch zum Konflikt bei der Forderung einer Eisenbahn-Anleihe von 50 Millionen Thaler für die Ostbahn. Die Verammlung verlangte die vorherige Anerkennung der Regierung dafür, daß die Rechte des Landtages nicht ohne dessen Zustimmung geändert werden dürften. Als die Regierung darauf nicht eingehen wollte, wurde die Anleihe mit 866 gegen 179 Stimmen abgelehnt. Der Landtag wurde dann ungnädig nach Hause geschickt. Der König rebete sich immer mehr und mehr in eine starre Auffassung seines Gottesgnadenthums hinein. Er erfand die schwingelste Redewendung, daß sich kein Blatt Papier zwischen unseren Herrgott im Himmel und dieses Land

zur Verteidigung eines sicheren, freien Verfassungslebens gegen jede Art von Aufsehung und insbesondere zur Verteidigung von Staat und Gewerkschaften gegen die sozialrevolutionäre Gefahr. Er versteht den Gedanken weiterhin im Sinne einer Sammlung aller maßvollen Wirtschaftspolitiker zur Wahrung der gemeinsamen Interessen der großen Gewerkschaften — Industrie, Landwirtschaft, Handelsgewerbe und Handwerk — bei der Gesetzgebung und Verwaltung, wie namentlich bei der Vorbereitung der nächsten Handelsverträge.

Durch kriegsgerichtliches Urteil wurde dieser Tage ein Vize-Wachmeister des in Jagenaugarnisonirenden Dragonerregiments zu 20 Tagen Gefängnis verurteilt, weil er einem Dragoner beim Fußdienst mit der Faust in das Gesicht gestoßen habe. Auch der Wachmeister der Schwadron, welcher den mitbestimmten Dragoner zu veranlassen suchte, die Meldung zurückzunehmen, wurde mit einem Tage Arrest bestraft.

Besonders die letztere Bestrafung kann nicht als eine genügende Ahndung angesehen werden, wenn man bedenkt, wie der Mißbrauch der Vorgesetztenstellung das Verschwendungswesen der Soldaten häufig völlig hinfällig macht.

Dresden, 28. Februar. (Eig. Ber.) Die Vermögenssteuer ist jetzt von der konservativen Landtagsfraktion abgelehnt worden, damit ist das Schicksal derselben entschieden. Die Konservativen wollen schlußendlich lieber eine härtere Progression der Einkommensteuer. Da sich dagegen aber die Regierung von vornherein erklärt hat und die Vermögenssteuer als das Rückgrat der Steuerreform bezeichnet hat, so dürfte diese wohl ganz ins Wasser fallen.

München, 26. Februar. („Münchner Post“) Verjüngung des Richterstandes. Das Staatsministerium der Justiz hat an die Präsidenten der Oberlandesgerichte einen Erlaß hinausgegeben, der die Anstellungs- und Beförderungsverhältnisse der Richter, Staatsanwälte und Justizbeamten nach der Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs (1. Januar 1900) betrifft. Von hiermit verbundenen hohen Anforderungen, heißt es in dem Erlaß, werden nur diejenigen Justizbeamten gerecht werden können, welche nicht nur geistig, sondern auch körperlich außerordentlichen Ansprüchen auf die Dauer gewachsen erscheinen. . . . Daraus erwächst für die Einzelnen die Verpflichtung, sich eingehend selbst zu prüfen, ob er sich seiner jetzigen und seiner künftigen Aufgabe auf die Dauer gewachsen fühlt. . . . und ob der künftige Träger einer Stelle nach seinen bisherigen Leistungen und Bestrebungen, nach seinem Lebensalter und seinen Gesundheitsverhältnissen der ihn erwartenden Aufgabe auch tatsächlich gerecht werden kann.

Es wird also in nächster Zeit ein großes Sterben unter dem alten Richterpersonal eintreten. Wenn nur die einseitige Vorbereitung unserer Juristen nicht dem Reservistenamtgeist in der Rechtsprechung das Uebergewicht verleihe.

München, 26. Februar. Gegenüber der vor kurzem in der bayerischen Regierung noch immer kein Verlangen zu Verhandlungen über die Fortsetzung der Main-Kanalisation nach Bayern gezeigt, stellt das „Süddeutsche Korrespondenz-Bureau“ fest: Die bayerische Regierung hat schon vor mehr als zwei Jahren die Initiative in dieser Frage ergriffen. Wenn die Angelegenheit einen befriedigenden Fortgang bisher nicht erfahren hat, so ist der Grund hierfür zu suchen, daß hierzu die tatsächlichen Unterlagen gefehlt haben, indem die Verhandlungen über die Fortsetzung der Main-Kanalisation nach Bayern sich naturgemäß den vorausgehenden Verhandlungen über die Main-Kanalisation in Bayern anschließen müssen. Es darf nunmehr aber auf die baldige Eröffnung förmlicher Verhandlungen über die Main-Kanalisation bis Aschaffenburg mit gleichzeitiger Sicherung gerechnet werden.

Die Geschichte eines hochmodernen Denkmals. Wie man die antikenische Hochkultur, von der Frankreich heimgeführt ist, in Deutschland für sogenannte patriotische Zwecke zu fruchtbar versucht, dafür wird uns aus Bamberg ein interessantes Vorkommnis mitgeteilt. Der dortige Bürgermeister Müller von Brandt hat den heißen Wunsch, dem Prinzregenten von Bayern schon bei Lebzeiten ein Denkmal zu setzen. Ein Modell für das Denkmal wurde in München bestellt und die Absicht der Denkmals-Errection an höchster Stelle bekannt gegeben. Es fehlte nur noch das Geld. Ein Appell an den Patriotismus der Einwohner blieb ohne den gewünschten Erfolg. Nun war guter Rath teuer. Da versiel der Stadtrat von Bamberg auf den vortrefflichen Gedanken, den jüdischen Mitbürgern einen sonstigen Rippenstoß zu geben. In einer Besprechung mit dem Vorstand der israelitischen Kultusgemeinde — der sich zurecht ablehnend verhielt — ließ man, unter Hinweis auf die neuesten Vorgänge in Frankreich, durchblicken, daß auch in Bamberg der konfessionelle Frieden gestört werden könnte — wenn das Denkmal durch die Schuld der Juden nicht errichtet werden könnte! Das half, und dank dieses probaten Mittels geht nun eine Kollekte unter den jüdischen Einwohnern Bambergs herum, mit deren Ertrag, wie man hofft, die Kosten des Denkmals bestreiten werden können. So läßt sich alles in Freundschaft und Frieden auf, Bamberg bleibt von einer modernen Judenverbreiung verschont und der Patriotismus der alten Bischofsstadt erstarkt in erneuertem Glanze durch die Errichtung des projektirten Denkmals. Die Bamberger können sich gratulieren zu ihrem klugen Stadtoberhaupt.

drängen soll.“ Verklärt in seinem Wahne durch die Höflinge, trieb er der Katastrophe entgegen. So wurde er ein unbewusster Werkzeug der Revolution. Ueber seinen Charakter hat der sonst als Hohenzollernbewunderer bekannte Historiker Heinrich v. Treitschke folgendes Urteil gefällt:

„Und selbst, während sonst Naturen von so vielseitiger Empfänglichkeit sich anderen anzuschließen pflegen, fand Friedrich Wilhelm ganz auf eigenen Füßen. Hier lag das Mäthel dieses selbständigen Charakters, hier der Grund, warum er selbst von diesen Rädern so oft überschlagen wurde. In sorgloser Heiterkeit, ganz unanxious, wie die Holländer sagen, schritt er durch das Leben; kraft der Weisheit seines königlichen Amtes, kraft seiner persönlichen Begabung glaubte er alle Welt weit zu übersehen und es gefiel ihm zu wirken, seine Absichten in ein ahnungsvolles Dunkel zu hüllen, durch halbe unklare Worte die kleinen Sterblichen in Verwirrung zu setzen. Ohne durchgreifende Willenskraft, ohne praktischen Verstand, blieb er doch ein Selbstherrscher im vollen Sinne. Niemand beherrschte ihn; aller Glanz und alle Schwach seiner Regierung fiel auf ihn selbst allein zurück. Auf den Widerspruch seiner Räte lieh er wohl einen Lieblingssplan plöglich fallen, und dann schien es eine Weile, als ob die Gedanken in diesem unruhigen Kopfe wechselten wie die Bilder im Wandelgasse — bis sich endlich mit einem Male zeigte, daß der König an seinem ursprünglichen Plane mit einer seltsamen stillen Zähigkeit festgehalten hatte und trotz allem, was dazwischen lag, zu ihm zurückkehrte. Er gab nichts auf und schied wenig durch. Neigungen des Gemüths und fertige Doktrinen bestimmten seine Entschlüsse; Gründe der politischen Zweckmäßigkeit konnten dawider nicht aufkommen.“

Dieses Urteil Treitschke's trifft den Charakter des Romantikers auf dem Throne ziemlich genau. Nur überschätzt er als einseitiger „Personenreiter“ selbst den Einfluß Friedrich Wilhelm's IV. auf den Gang der Ereignisse. Auch dieser Selbstherrscher ward weit mehr geschoben, als er sichob.

Um in dem Staate, dessen Steuern dieser Mann zu senken glaubte, es zu einer Revolution zu bringen, bedurfte es aber noch eines gewaltigen Hebel, der wirtschaftlichen Noth. Sie kam in Folge der kapitalistischen Entwicklung. Zunächst riß der Sieg der Großindustrie die handindustriellen Arbeiter, die mit der Dampfmotorei nicht konkurrieren konnten, unter seine Mäder. Die Weber erlitten zuerst dieses Schicksal. Immer mehr durch die Unternehmung im Lohne gedrückt, suchten sie dahin oder empörten sich mit einem letzten Verzweiflungsschrei gegen ihre Unterdrücker, wie 1844 die schlesischen Weber, deren Hungerröthe einer ihrer Nachkommen,

das es so vortrefflich versteht, die jüdischen Staatsbürger vor dem Ausbruch des furor antisemiticus zu bewahren. Wir wissen nicht, ob in der „guten alten Zeit“ in Bamberg die schöne Einrichtung des „Judenbuhldes“ bestand. Dem Aufsehen nach ist der Bamberger Bürgermeister der Meinung, daß der im Mittelalter für Geld gewährte „Judenbuh“ an der Schwelle des 20. Jahrhunderts durch Beiträge für Fürstendämaler erworben werden kann. Der Herr Bürgermeister wird, um seiner üblichen Absicht möglichst Nachdruck zu verleihen, sich hoffentlich verpflichtet fühlen, dem Denkmal eine Widmung zu geben, die etwa lauten möchte: „Errichtet von der Bamberger Jüdischen Gemeinde und einigen anderen Bambergern“!

Oesterreich.

Wien, 27. Februar. Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht wieder einmal eine kaiserliche Verordnung auf Grund des § 14 der Staatsgrundgesetze, durch welche die Aushebung des Rekrutenkontingents für 1898 ohne die notwendige parlamentarische Genehmigung bewilligt wird.

Prag, 27. Februar. (Eig. Ber.) Die Haupt- und Staatsaktion, womit die klagliche Landtagssession vorläufig ihren Abschluß fand: der Abzug der Deutschen, die Erklärung der Regierung und die Adressen, hat den ganzen unhaltbaren politischen Zustand in seiner Nüchternheit gezeigt. Abgesehen davon, daß die Flucht der Deutschen jede Grundlage des Parlamentarismus geradezu negiert, gewinnt die Sache durch die Erklärung der Regierung und den Charakter einer Komödie. Die Regierung ist in der Theorie gegen den Inhalt der Adresse und bezieht sich auf die Debatte mit keinem Wort; in der Praxis hat sie die Junggeheuer protegirt und den Deutschen die Flucht ermöglicht. Es ist nicht möglich, daß auf die Dauer die Regierung sich der Ueberzeugung verschließt, mit der bisherigen Politik brechen zu müssen. Der Landtag hat den schlagendsten Beweis geliefert, daß an eine Nachgiebigkeit der beiden bürgerlichen Parteien nicht zu denken ist; im Gegentheil, die Klust wird immer größer. Die Regierung wird endlich aus ihrer Unentschiedenheit herauszutreten müssen; nur ein Mittel ist möglich. Mit dem gefährlichen Experiment eines absolutistischen Regimes kann man heute nicht mehr kommen, also bleibe nichts übrig, als über den Kopf der freitenden Parteien ein neues, auf Grund des allgemeinen Wahlrechts zusammengeführtes Haus zu bilden.

Ungarn.

Budapest, 28. Februar. Abgeordnetenhause. Franz Kossuth interpellirt über die Frage, auf welche Grundlage stützt sich die Regierung in ihren Angriffen gegen das Verfassungswort gegen die persönliche wie die Pressefreiheit. Viktor Plaher interpellirt wegen der Ueberschneidung und des Anwidmings von Seiten der Budapestser Polizei.

Außerdem wird eine Interpellation des Abg. Boda, gleichfalls an den Minister des Innern angehängt, welche lautet: Befehl der Herr Minister Kenntniß davon, daß die hauptstädtliche Staatspolizei in den Wohnungen der Führer der sozialdemokratischen Bewegung Hausdurchsuchungen abgehalten und die dort vorgefundenen Geldbeträge ohne Rücksicht auf deren Ursprung einfach konfiszirt; befragt der Minister ferner Kenntniß davon, daß Angestellte der hauptstädtlichen Polizei unter dem Vorwande der Uebergabe einer Vorladung in der Wohnung einer Dame erschienen und dieselbe in ihrer Gegenwart nöthigten, das Bett zu verlassen und ihnen zu folgen; hat der Herr Minister Kenntniß davon, daß infolge dieses Vorfalles der Konful von Nordamerika Ungarn als einen Polizeistaat bezeichnete und sich zu einer Intervention veranlaßt fand, und wenn er von diesen Vorfällen Kenntniß befragt, hat er die Absicht, kraft seines Oberaufsichtrechtes die Untersuchung einzuleiten und die gegen das Gesetz verstoßenden Handlungen zu ahnden?

— Es wird weiter photographirt! Der „Pester Lloyd“ schreibt: „Das polizeiliche Photographiren wird fortgesetzt. Es wurde unter anderem auch der als Verfasser zahlreicher Arbeiter-Broschüren bekannte Journalist Ludwig Mezöly photographirt. Er erklärte anfangs, nur der Gewalt nachzugeben. „Gut“ — bemerkte hierzu der anwesende Stadthauptmann Edmund Garlaty —; hierauf wurde Mezöly von zwei Detektivs unter die Arme genommen und ins Atelier des Polizei-Photographen Fischer geführt. Die Polizei läßt nicht nur jene Personen photographiren, die als Führer oder in anderer aktiver Eigenschaft an den sozialistischen Agitationen teilnehmen, sondern auch andere Persönlichkeiten, die, ohne der Sozialdemokratie anzugehören, nur vom allgemeinen Gesichtspunkte mit der Frage sich befassen. So wurde für heute der Hauseigentümer und em. praktischer Arzt Dr. Ogo Horvath zur Polizei vorgeladen; er war ganz erlaunt darüber, als Stadthauptmann Garlaty ihm eröffnete, er sei vorgeladen worden, um photographirt zu werden. Horvath wies diese Zumuthung mit Entrüstung zurück, indem er erklärte, daß er wohl Vorlesungen über Sozialismus zu halten pflege, dies aber ohne Unterschied der Parteirichtung seines Auditoriums thue. Dr. Horvath wurde entlassen, ohne photographirt zu werden. Ueberhaupt ist man, daß die Polizei auch solche Personen vorgeladen läßt, die wohl Anhänger der sozialistischen Ideen sind, bisher aber nie öffentlich hervorgetreten sind. Von diesen werden gleichfalls viele photographirt werden. Morgen werden der Direktor der Budapestser Krankenanstalt, Adolf Rib, und mehrere Beamte bei der Polizei erscheinen.

Die zuletzt erschienene Nummer des Partei-Organs der sozialdemokratischen Partei „Nepava“ wurde von dem Untersuchungs-

Gericht Hauptmann, wirkungsvoll dramatisirt hat. Hungerröthe werden leicht niedergeschlagen. Das Justizhaus erndet die Adressenführer. Die Uebrigbleibenden werden weiter am Hungerloch; aber auch der Ingrimus kriecht weiter um sich. Und überall in Deutschland bemächtigte sich dumpfer Groll des Volkes, als die Ministerien und Handelskrisen von 1846 und 1847 das Volk zum Nachdenken über seine nichtschaffliche und politische Lage brachten. Bis auf die Höhe, den Adel und die Bureaucratie befanden sich alle Klassen in Opposition gegen die Regierungen. Zwar Klarheit über das, was geschehen sollte, bestand nicht. Groß- und Kleinbürgertum verlangten staatliche Einheit für Deutschland und ein Verfassungswort; in der Arbeiterschaft, die vorläufig noch in ihrer Mehrheit das Bürgerthum unterlagte, regte sich indes außerordentlich schon der Sozialismus.

In Deutschland ist er zweifachen Ursprungs. In der wandernden Handwerkerzunft entstanden Träume eines mystisch-utopischen Kommunismus. Sein Hauptvertreter war Weitling. Zur tieferen Erforschung der gesellschaftlichen Mißstände wurden vorkreuzende Geister durch die französischen und englischen Sozialisten Fourier, St. Simon und Robert Owen angetrieben. Sehr bald traten da in den Vordergrund als führende Köpfe die beiden Rheinländer Marx und Engels, die wie als Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, als Vorkämpfer im proletarischen Emanzipationskampfe verehrt. Marx hatte ein Jahr lang, vom Herbst 1842 bis März 1843 die scharf oppositionelle „Rheinische Zeitung“ redigirt. Nach ihrer Unterdrückung war er ins Ausland, nach Paris, Brüssel, London gegangen, auf seiner Zerkunft mit Engels sich vereinbarte und verbandete. Beide traten dem „Kommunistenbunde“ bei, der aus dem älteren Bunde der Gerechten entstanden war. Aus Grund eines Kongressbeschlusses des Kommunistenbundes im November 1847 verließen sie jenen Aufzug an das Proletariat, der wenige Wochen vor der französischen Februar-Revolution veröffentlicht wurde und als „Kommunistisches Manifest“ bekannt ist. Ihr Werk: „Proletariat aller Länder vereinigt Euch!“ hat erst nach und nach seine weltumspannende Wirkung angegründet. Damals war das Manifest ein lecher Sturmvogel, der den Revolutionsflammen vorausflieg, dessen Stimme in dem allgemeinen Lärm indes bald überdönt wurde. Die Zeit für den schöpferischen Sozialismus war nicht gekommen, am wenigsten in Deutschland, das zunächst einer bürgerlichen Revolution harzte. Die französische Februar-Revolution war es, die die Funken in die deutschen Pulverfässer warf. Zuerst zündeten sie in Wien, wo das Metternich'sche System in die Luft flog.

richter für Presssachen zweimal konfiszirt. Die erste Ausgabe wurde wegen des Artikels: „Sajtószabadság“ konfiszirt. Die Herausgeber ließen sofort eine zweite Auflage erscheinen, in welcher der beanstandete Artikel schloß. Seine Stelle nahmen die seit gedruckten Worte: „Biróság defogalva“ und die Einleitung zum G. N. XVIII: 1848 ein.

Die Präventiv-Zensur wird hiermit für ewige Zeiten aufgehoben und wird zur Sicherung der Freiheit der Presse verordnet: § 1. Jedermann kann seine Gedanken im Wege der Presse frei mittheilen und verbreiten.“

Bald nach dem Erscheinen der zweiten Auflage der „Nepava“ wurde auch dieses Blatt konfiszirt, und zwar wegen des zweiten Artikels: „A haza megmentői“, welcher auch in der ersten Auflage enthalten (I) und unbeanstandet (I) geblieben war. Die deutsche Beilage der „Nepava“, die „Volksstimme“, verfiel selbstverständlich gleichfalls der Konfiszierung.

Trotz al' dieser auf der Hand liegenden Ungeheuerlichkeiten, um unsere Presse finanziell total zu ruiniren, erschien das sozialdemokratische Partei-Organs „Nepava“ und die „Volksstimme“ in dritter Auflage. An Stelle des in der zweiten Auflage vom Untersuchungsrichter für Presssachen beanstandeten Artikels: „A haza megmentői“ ist der folgende § 32 des G. N. III: 1874/48 abgedruckt.

Die Minister können zur Verantwortung gezogen werden a) für jede solche Handlung oder Verordnung, welche die Unabhängigkeit des Landes, die Garantien der Verfassung, die Verfügungen der bestehenden Gesetze, die individuelle Freiheit oder das Heiligthum des Eigenthums verletzt und von ihnen in amtlicher Eigenschaft verübt, resp. erlassen wurde.“

Die Aufmerksamkeit der Pressebehörde erstreckt sich nicht bloß auf die sozialdemokratischen Parteiblätter, sondern auch auf die Organe der Fachvereine, da es wiederholt vorgekommen ist, daß ein von der Pressebehörde infrimirtes Artikel am selben Tage in einem anderen sozialdemokratischen Fachblatt veröffentlicht wurde. In diese Kategorie gehören das Schneiderschiffblatt, der „Banarbeiter“, die „Typographia“, der „Eisen- und Metallarbeiter“, der „Schuhmacher“ und die „Nova Doba“. Letzteres Blatt erschien heute nachmittags und sollte wegen eines aufreigenden Artikels konfiszirt werden, allein der mit der Einsetzung betraute Stadthauptmann Dr. Franz Pelary fand in der Administration kein einziges Exemplar mehr vor. Das Blatt soll nicht mittels Post, sondern durch Vertrauensmänner in die Provinz verschickt worden sein.

Die sozialdemokratische Parteileitung ist übrigens nicht gewillt, die Hinte ins Korn zu werfen. Beweis hierfür bietet der Umstand, daß für den 6. März in 4 hauptstädtischen Bezirken und in Neupest Volksversammlungen geplant sind. Außerdem soll am 18. März I. Z. eine Demonstrationssammlung mit Umgang stattfinden. Der Anruf zur Theilnahme an dieser Demonstration führt den Titel: „Die freie Presse in Gefahr“.

Der gestern inhaftirte, in Neupest wohnende Arbeiterführer Alexander Nagy, der eine ihm vor kurzem zuerkannte dreißigtägige Gefängnisstrafe abbüßte, wurde inzwischen seitens der Polizei aus der Hauptstadt ausgewiesen. Nagy appellirte gegen diesen Bescheid durch seinen Rechtsanwalt Dr. Wilhelm Bajsonyi.

Sonabend nachts 10^{1/2} Uhr wurde im Auftrage des Oberstadthauptmanns seitens des Bezirkshauptmanns Ludwig Loh eine Revision in dem an der Ecke der Trommelgasse und des Eisabethplatzes befindlichen „Café Kontinental“, dem bekannten Versammlungs-orte der Sozialisten, vorgenommen. Die Revision wurde mit großem Apparat in Vollzug gesetzt. Unter Führung der Konzipisten Eugen Prinz und Ignaz Zepper waren 10 Detektivs und 15 Polizeiwachmänner erschienen. Letztere besahen sämtliche Ausgänge des Lokals. Hierauf wurden alle im Kaffeehaus anwesenden Gäste zur Legitimierung aufgefordert. Jene, welche ihre Personidentität nicht in zweifelloser Weise nachweisen konnten — 25 Personen — wurden behufs weiterer Anklage zur Stadthauptmannschaft des 8. Bezirks stellig gemacht.

In Vertretung der photographirten sozialistischen Agitatoren hat Dr. Wilhelm Bajsonyi beim Budapestser Strafgerichte sowohl gegen die betreffenden Stadthauptleute, als gegen diejenigen, der die hierauf bezügliche höhere Verordnung erlassen, die Klage wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt überreicht.

Auch aus der Provinz wird von unzähligen Ungeheuerlichkeiten, Begegnungsaussagen, Verhaftungen, Ausweisungen, Konfiskationen von Geldern, sowie auch von großen militärischen Maßnahmen berichtet.

Schweiz.

Bürich, 27. Februar. Das hier tagende Komitee der linksstehenden Gruppen der schweizerischen demokratischen Partei forderte einstimmig die sozialpolitische Gruppe auf, bei der Bundesversammlung einen Antrag einzubringen, betreffend die Wahl des Bundesrates durch das Volk und betreffend die Proportionalwahl des Nationalrates.

Frankreich.

Paris, 26. Februar. Die Deputirtenkammer nahm mit 396 gegen 180 Stimmen einen Gesetzentwurf an, durch welchen ein Zoll von 3 Fr. im Maximaltarif und 2.50 Fr. im Minimaltarif für silberhaltiges Blei und 4 Fr. im Maximaltarif und 3.00 Fr. im Minimaltarif für nicht silberhaltiges Blei erhoben werden soll.

Die Budgetkommission der Deputirtenkammer berieht heute über die Anträge bezüglich der ausländischen Vertheilungspapiere. Für diese Papiere soll der Stempel auf einen Franc anstatt auf 60 Centimes erhöht werden, aber erst vom Januar 1899 an.

Paris, 28. Februar. Die Royalisten hielten in Blois eine Parteiversammlung ab, in welcher der Herzog von Luynes im Auftrage des Herzogs von Orleans das Wahlsystem in entwerfende. Herzog von Luynes erklärte, die Royalisten müßten in denjenigen Bezirken, wo sie nicht eine gesicherte Majorität besitzen, die Kandidaten der Ordnung gegen die Kandidaten der Unordnung und die Gemäßigten gegen die Radikalen und Sozialisten unterliegen.

Oberst Picquart verließ gestern Mont Valérien. Er fand in seiner Wohnung zahlreiche Sympathiebezeugungen vor.

Italien.

Rom, 28. Februar. Die der „Messaggero“ meldet, hat der Bünzerkaiser in Sochen Crispi-Favilla den Abgeordneten Kalbourn zum Berichterstatter ernannt. Der Ansdhuf erlante auf Antrag an einem strafbaren Thatbestand sowohl in politischer als auch in privatrechtlicher Hinsicht und tadelt lediglich einige Infortretheiten.

Spanien.

Die Cortes (das Parlament) ist aufgelöst worden. Nach amtlicher Bekanntmachung finden die Wahlen zur Deputirtenkammer am 27. März, die Wahlen zum Senat am 10. April und der Zusammentritt der Kammern am 25. April statt.

Türkei.

Konstantinopel, 27. Februar. Die Flotte richtete an die türkischen Vertreter im Auslande zwei Rundschreiben. Das eine derselben verlangt die Lösung der Kretasfrage vor der Abreise nach Thessalien; das andere, welches sich auf die Ereignisse im Sandtschak bezieht, kündigt die Freilassung der gefangenen Bulgaren an und bementirt die Gewaltthatigkeiten, welche selbst durch die Aussagen der Bulgaren und die ärztliche Untersuchung in Abrede gestellt werden.

Das Rundschreiben bezüglich der Kretasfrage erscheint als eine Antwort auf die neulichen Erklärungen der englischen Regierung, in denen ausgesprochen wurde, die Türkei werde Thessalien räumen, sobald die Kretasfrage geordnet sei. Jetzt verlangt die Flotte vorherige Lösung der Kretasfrage. Nach dem Friedensvertrage ist sie jedoch hierzu nicht berechtigt.

Nachrichten aus Gallipoli zufolge veranfaßten etwa 600 Personen Kundgebungen gegen die Behörden wegen der Erhöhung der Brotpreise. Es wurde versucht, die Regierungsgebäude in Brand zu stecken; 86 Personen wurden verhaftet.

Asien.
Wady Gassa, 27. Februar. Der Emir der Mahdisten Mahmud droht, das befestigte Lager am Atbara anzugreifen. Infolge hieron ist den britischen Truppen Befehl erteilt worden, nördwärts zu marschieren.

Es scheint danach, als ständen entscheidende Kämpfe zwischen den ägyptisch-britischen Truppen und den Mahdisten bevor. —

Afrika.
Nokohama, 28. Febr. Wie hier verlautet, hat Korea die Insel auf der Höhe von Fusan an Rußland verpachtet.

Amerika.
— Kriegsvorbereitungen in den Vereinigten Staaten. Aus London wird der „Int. Corr.“ gemeldet: Nach Drahtmeldungen, welche hier an privater Stelle aus New York eingetroffen, hat die Regierung der Vereinigten Staaten das Kriegsamt angewiesen, die Antriebsmittel für eine Armee von 480 000 Mann schnell zu beschaffen bezw. in Bereitschaft zu halten. Augenblicklich sind nur für 35 000 Mann Repetiergewehre neuer Konstruktion des Systems Krug-Vorgefess vorhanden und ist die staatliche Gewehrfabrik zu Springfield angewiesen, mit allen verfügbaren Mitteln an der Herstellung einer Viertelmillion neuer Gewehre zu arbeiten. Zugleich sind mehrere Vertreter der Vereinigten Staaten in Europa beauftragt worden, mit europäischen Fabriken wegen sofortiger Lieferung neuer Repetiergewehre zu verhandeln.

Die praktischen Amerikaner werden es wohl nicht zum Kriege kommen lassen. Die Nachrichten über den Untergang des Kriegsschiffes Maine widersprechen sich noch immer. Da in diesen Tagen der Befund der offiziellen Untersuchungskommission veröffentlicht werden muß, erübrigt sich die Registrierung der zahlreichen Gerüchte über diesen Fall. —

Wahlbewegung.

Ueber die Zentrumslandkandidaturen in Schlesien schreibt die „Breslauer Morgen-Zeitung“: Von den 35 Reichstags-Abgeordneten, die Schlesien zu entsenden hat, gehören zur Zeit 18 dem Zentrum an. Davon fallen zwei (Blasch und Frankenstein-Münsterberg) auf den Regierungsbezirk Breslau und elf auf den Regierungsbezirk Oppeln. Diese Mandate, einschließlich des Wahlkreises Ratibor, der 1893 gefährdet erschien, glaubt man ohne weiteres behaupten zu können. Ferner hofft man auf den Wahlkreis Reichenbach-Neurode, der 1893 an die Sozialdemokraten fiel. Sodann wird eine für das Zentrum günstige Stichwahl erhofft für Oplau, Wimpfisch-Strahlen sowie für Schweridmühl-Striegau. In allen übrigen Wahlkreisen sollen Kandidaten aufgestellt werden, aber diese Kandidaturen sollen behandelt werden, als wenn sie ernsthaft wären, damit das Zentrum möglichst viel Stimmen bei der allgemeinen Zusammenkunft aufweisen kann und nicht, wie 1893, um etwa 300 000 Stimmen hinter der Sozialdemokratie zurückbleiben muß.

In dem Wahlkreise Rosenburg-Löbau ist seitens der reaktionären Parteien der Landrath Bonin aufgestellt. In Altona-Ottensen haben beide Fraktionen der Freisinnigen beschlossen, dem Abg. Fischbeck bei der Reichstagswahl ihre Stimmen zu geben, obwohl man einen Erfolg für unwahrscheinlich hält. Für die Landtagswahl ist gleichfalls Herr Fischbeck als Kandidat aufgestellt worden.

In dem Wahlkreise Gschwege-Wickenhausen-Schmal-Lalden haben sich konservative, freikonservative und National-liberale dahin geeinigt, den freikonservativen Landtagsabgeordneten Herrn v. Christen-Berlethausen als Kandidaten für die bevorstehende Reichstagswahl aufzustellen.

In Bielefeld-Wiedenbrück ist von den Christlich-Sozialen der Pfarrer Weber aufgestellt worden.

Sehr ins Gedränge wird der Freisinn bei den nächsten Reichstagswahlen in Pärth-Erlangen geraten. Dort ist der Reichstags-Abgeordnete Weich wieder aufgestellt, der bei der letzten Wahl nur mit Aufwendung aller Kräfte in der Stichwahl mit einer Majorität von 300 Stimmen über Segitz siegte. Die „Frank. Tagespost“ meint, daß durch die Konstellation der Parteien, wie sie sich für die nächsten Wahlen in dem genannten Kreise vollzogen hat, der Freisinn überhaupt nicht mehr in der Stichwahl kommen werde. Nationalliberale, konservative und Bauernbündler haben ein Wahlbündnis geschlossen, andererseits tritt die Demokratie mit einem eigenen Kandidaten auf den Plan. Beide Kontrahenten müssen nach Lage der Verhältnisse versuchen, den Freisinnigen von rechts und links Stimmen abzusprenken. Die Situation ist also ziemlich klar.

Ähnlich liegen die Dinge in Hof, wo die Mittel-parteien einen Kandidaten zu finden bestrebt waren, der vielleicht unter der Bezeichnung „liberal“ als Reichstags-Abgeordneter dem einen Flügel der Nationalliberalen, sowie dem einen Flügel der freisinnigen Partei entsprechen würde. Man kommt auch hier die Nürnberger Demokraten und stellen einen eigenen Kandidaten auf, womit sie womöglich, es ist schauerhaft zu sagen, dem Sozialdemokraten zum Siege verhelfen.

Stadtpfarrer Dr. Weipenhagen in Ronheim ist gesonnen, sich als Reichstags-Kandidaten der Zentrumspartei für Donauwörth aufstellen zu lassen.

Mit der Aufstellung des Gewandten Prof. im 4. württembergischen Reichstags-Wahlkreise Böblingen-Maulbronn sind nun seitens der sozialdemokratischen Partei sämtliche 17 württembergische Kreise mit Kandidaten besetzt.

Partei-Nachrichten.

Der Gemeinderath von Vant hat am 24. Februar an Stelle unseres Genossen Dug ein anderes seiner Mitglieder zum Stellvertreter des Gemeindevorstehers gewählt, da eine Wiederwahl ungeschicklich wäre. Dug's Freunde hatten Beschwerde an das Gesamtministerium beantragt, dieselben aber mit 1 Stimme in der Minderheit. Die bürgerlichen Vertreter hatten keine Lust und nicht genug Mäkrat, um einen, wie uns geschrieben wird, Krieg mit dem Ministerium zu führen. Nicht allzuweit hätte aber gefehlt, so wäre ein anderer „bestrafter sozialdemokratischer Agitator“, der Genosse Duden, gewählt worden. Er erhielt im ersten Wahlgang von drei Kandidaten die zweitgrößte Stimmenzahl.

Ueber die Nichtberufung Dug's wird uns noch mitgeteilt: Der politische Kurs, der im großen Nachbarrsaale Preußen gesteuert wird, lockt die kleinen Organe zur Nachfolge und es ist in gewissem Maße kein Geheimnis, daß die Rücksichtnahme auf Preußen hauptsächlich den Minister zu dieser Maßregel veranlaßt hat. Denn als Vertreter des Gemeindevorstehers von Vant, das unmittelbar bei Wilhelmshaven liegt, könnte ja das schreckliche Unglück passieren, daß eine preussische Behörde mit dem Sozialdemokraten wie ein Gleiches mit Gleichem verhandeln müßte.

Polnische Sozialdemokratie. Die Breslauer „Volkswacht“ schreibt: Von einer allgemeinen Versammlung, die von den polnischen Genossen Schlesiens zu Osnabrück in Neustadt veranstaltet werden soll, ist an zuständiger Stelle nichts bekannt. Die Meldung verschiedener Zeitungen über diese Versammlung beruht auf Irrthum. In der „Gazeta Robotnicza“ wurde vor einigen Wochen der Vorschlag gemacht, den nächsten Parteitag der polnischen Sozialdemokraten, der erst 1899 stattfinden soll, ausnahmsweise schon in diesem Jahre und zwar zu Osnabrück in Neustadt abzuhalten; der Vorschlag wurde indes von der Redaktion dieses Blattes als unausführbar bezeichnet.

Das Agitationskomitee für die Rheinpfalz fordert die Parteigenossen auf, allerorts die Vorbereitungen zu treffen zu einer würdigen Gedächtnisfeier der 1848er Volks-erhebung.

Die Sozialdemokratie Württembergs hält am 10. April in Stuttgart im Saale der Arbeiterhalle ihre diesjährige Landes-versammlung ab. Die vorläufige Tagesordnung lautet: 1. Die politische Lage und die bevorstehende Reichstagswahl. Referent Reichstags-Abgeordneter A. Sebel; 2. die Vertretung der Sozialdemokratie im württembergischen Landtag. Referent Landtags-Abgeordneter R. Klotz; 3. Tätigkeits- und Rassenbericht des

Landesvorstands und Bericht der Revisoren; 4. Bericht über das Partei-Organ; 5. Erledigung etwaiger Beschwerden; 6. Anträge; 7. Neuwahl des Landesvorstands; 8. Verschiedenes.

In Yokohama (Japan) erscheint, wie der Londoner „Clarion“ mittheilt, seit kurzem ein sozialistisches Organ „Die Arbeits-welt“.

Todtenliste der Partei. In Lichtenstein-Gallberg ist der Parteigenosse Friedrich Schmidt im Alter von 65 Jahren verstorben. Er stand seit 1867 in der Arbeiterbewegung.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.
— Der Parteigenosse Karl Künne in Halberstadt, früherer verantwortlicher Redakteur der „Sonntags-Zeitung“, hatte eine Notiz veröffentlicht, wonach zwei Arbeiter geblutet hätten, daß in der Reitbahn des Kürassier-Regiments ein Mensch geschlagen worden sei und jämmerlich geschrien habe. Die Notiz trug die Ueberschrift „Welche Lust, Soldat zu sein!“ Die Offiziere und Unteroffiziere, die zur betreffenden Zeit in der Reitbahn gewesen waren, stellten Strafantrag wegen Beleidigung und in der Verhandlung vor dem Landgericht bekundeten einige Kürassiere und ein Major des Regiments, Major Graf Reichenbach, sie hätten nicht gesehen, daß ein Mensch geschlagen worden sei, sondern ein Hund, der zwei Mal an vorgeführten kranken Pferden emporgesprungen wäre und deshalb mit der Reitpeitsche geschlagen worden sei, habe geküht, und zwar — wie dem genannten Major bei seinen Nachforschungen gefaßt worden ist — soll das Thier wie ein Mensch geküht haben. Die beiden Arbeiter jedoch, die als Entlastungszeugen vernommen wurden, hielten daran fest, sie hätten gehört, daß ein Mensch mit der Reitpeitsche geschlagen worden sei und geschrien habe; man müsse doch unterscheiden können, ob ein Mensch oder ein Hund heule. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Helberg, machte die beiden Arbeiter darauf aufmerksam, daß man doch nicht so unvorsichtig sein dürfe, bestimt zu behaupten, daß gerade ein Mensch und noch dazu mit einer Reitpeitsche geschlagen worden sei; er würde nicht behaupten, daß so bestimmt unterscheiden zu können. Die Arbeiter blieben jedoch bei ihrem Glauben. Das Urtheil des Gerichts lautete auf 4 Monate Gefängnis. Nach der „Sonntags-Zeitung“ wurde bei der Begründung ausgeführt: Die Absicht, die Armees-berufungszeugen, sei mit der Anklage schon an der Ueberschrift anzunehmen gewesen. Beleidigt seien die Vorgesetzten, die den Dienst gehabt hätten. Die Partei des Angeklagten erhebe beständig im Reichstage „leichtfertige“ Vorwürfe und solche „leichtfertige“ Heerei“ müsse mit „ungeheurer Strenge“ geahndet werden.

Unser Genosse Künne ist ein Mann von 60 Jahren. Das Urtheil trifft ihn also besonders hart. Ob aber eine solche Rechtsprechung geeignet ist, den mit ihr verbundenen Zweck zu erreichen, ist eine Frage, die wir, nach unserer Kenntnis des Volkstempels, verneinen müssen. Ein durch den Schrecken erzeugtes Schweigen über angebliche oder wirkliche Mißstände im Militärwesen nützt den Militärbehörden gar nichts. Die Begründung des Urtheils ist aber umso weniger einleuchtend, als sich das Gericht dabei mit auf die Thätigkeit bezieht, die unsere Abgeordneten im Reichstage zum Schutze der Soldaten ausübten; denn eine Kritik der Reichstags-verhandlungen steht einem Gerichtshof ebensowenig zu, als er sich erlauben wird, die Bundesraths-verhandlungen zum Gegenstand einer abfälligen Erörterung zu machen.

— Wegen Beleidigung des Bürgermeisters Dr. König in Goldberg i. M. wurde der Redakteur der „Mecklenburgischen Volkszeitung“, Genosse Emil Groh, vom Landgericht in Rostock zu 6 Wochen Gefängnis und der Gewächsmann für die betreffende Mittheilung, Tischlermeister Wambach aus Goldberg, zu derselben Strafe verurtheilt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Der Dirsch-Duncker'sche Agitator Goldschmidt in Berlin hat, wie uns Magdeburg mitgeteilt wird, in einer dortigen Gewerkschafts-Versammlung die Behauptung aufgestellt, es seien im Berliner Gewerkschaftsbureau bei den Sammlungen für die englischen Maschinenbauer Unregelmäßigkeiten vorgekommen. Millarg habe 43 000 Mark weniger abgeliefert, als bei ihm eingegangen seien. An diesem gänzlich grundlosen Geschwätz ist — kaum nöthig zu sagen — selbstverständlich kein wahres Wort. Solche aus der Luft gegriffenen leichtfertigen Behauptungen als Waffe gegen die Arbeiterschaft zu gebrauchen, haben freilich die Dirsch-Duncker'schen sich von jeher nie geschaut. Wahrscheinlich, es muß schlimm bestellt sein um eine Sache, die mit derartigen Mitteln kämpfen muß.

Achtung, Polzarbeiter! In der Banischlerei Sawakli, Wellallancstr. 84, 3. D. I haben sämtliche Tischler wegen Lohn-differenzen die Arbeit niedergelegt. Zugang ist ferngehalten. Die Ortsverwaltung.

Achtung, Korbmacher! Die Zuschläge von der im Januar festgesetzten Subvention sind nun sicherer Vernehmen nach vom Kriegsministerium erteilt. Den Mindestfordernden, den Gebrüder Schurz, ist nicht die gewünschte Summe von 114 000 Stück, sondern nur eine kleine Zahl, wie verlannt 2800, zur Aufertigung überwiesen worden. Leider haben die zunächst in betracht kommenden Firmen auch noch sehr niedrige Preise abgegeben, so daß die gerechten Forderungen der Arbeiter sicherlich erst erkämpft werden müssen. In anbetragt der augenblicklichen Arbeitslosigkeit ist vor allem notwendig, Zugang nach Berlin streng ferngehalten.

Die Kommission.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Die Zahlstellen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Brandenburg und Pommern halten am Sonntag vor Osnabrück eine Konferenz in Berlin ab. Die Verhandlungen werden sich namentlich um die in den genannten Provinzen zu betreibende Agitation drehen.

Deutsches Reich.

An die Steinarbeiter Deutschlands!
Wie bekannt, wurden am 10. Dezember v. J. circa 40 Kollegen in Sulzfeld in Baden von den Unternehmern angepöppelt, weil sie nicht für einen bedeutend niedrigeren Lohn als bisher arbeiten wollten. Die Unternehmern des ganzen Bezirkes von Maulbronn bis Bretten haben sich vereinigt und in ihren Zusammenkünften beschlossen, die Organisation der Arbeiter mit Stumpf und Stiel auszuwühlen. Als nun am 28. Januar in Sulzfeld zwei Vertrauensleute entlassen wurden, legten 50 auf demselben Platz beschäftigte Steinarbeiter die Arbeit gleichfalls nieder. Da alle von der Geschäftsleitung der Organisation, sowie den Sulzfelder Kollegen selbst angebotenen Verhandlungen mit den Unternehmern scheiterten, wurde am 30. Januar der Generalstreik beschlossen. 220 Arbeiter legten die Arbeit nieder, so daß die Zahl der Ausständigen 800 beträgt. Ihre Forderungen sind: zehnstündige Arbeitszeit, Abschaffung des sogenannten wilden Affords und Einführung eines Stundenlohnes von 42 Pf., die Errichtung von Arbeits- und Frühstücksbüden, Abschaffung der dreiwöchentlichen und Einführung der vierzehntägigen Löhnung, sowie Wiedereinstellung der gemäß-regelten Vertrauensleute.

Die Behörde hatte versucht, zu vermitteln. Da sie aber die Wünsche der Arbeiter als gerechte anerkannt hat, lehnen die Unternehmern jede weitere Unterhandlung mit den Arbeitern und der Behörde ab und fordern unbedingte Unterwerfung der Leute und Austritt derselben aus der Organisation. Die Steinarbeiter sind jedoch nicht gewillt, ihre Forderungen fallen zu lassen, und es ist Pflicht der organisierten Steinarbeiter ganz Deutschlands, den um ihr gutes Recht kämpfenden süddeutschen Fachgenossen mit moralischer und finanzieller Hilfe zur Seite zu stehen. 54 Streikende sind abgereist, es bleiben noch 250 Mann zu unterstützen. Alle Unterstützungen sind zu senden an die Geschäftsleitung der Steinarbeiter Deutschlands (Adresse: P. Mitschke in Nixdorf, Steinwehrstr. 14). Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Die Maurer und Zimmerer in Eberwalde haben den Streik beschlossen, da ihre Forderungen: 9 1/2 stündige Arbeitszeit und 40 Pf. Stundenlohn, von den Unternehmern rundweg abgelehnt worden sind. Sie bitten die Fachgenossen um strenge Fernhaltung des Zugangs. Die Arbeiterpresse wird ersucht, hiervon Notiz zu nehmen.

Die streikenden Arbeiter der Vereinigten Berlin-Gründendorfer Wästenfabriken in Erdmannsdorf im Nieder-gebirge versenden einen Aufruf, worin es heißt:

„Seit Jahren sind die niederen, theilweise nur „Pfennige“ tragenden Affordblöcke systematisch herabgedrückt worden. Die Löhne der Wästenfabrikation spalten jeder Beschreibung. Für eine Damenbluse, z. B. Katalog Nr. 884, welche in eleganter Ausführung mit 50—60 M. inkl. Ständer verkauft wird, erhalten die Arbeiter 40 Pf. Arbeitslohn. Dergleichen für eine Herrenbluse, Katalog Nr. 885, 35—50 Pf. Arbeitslohn. Im Tischlereibetrieb sind ebenfalls fortlaufend Abzüge gemacht worden. Für einen dreitheiligen Konfektions-Spiegel, Katalog Nr. 884, gab es z. B. früher 35 M. Arbeitslohn, jetzt 27,50 M. Dabei beträgt der Verkaufspreis 185 M. Ebenso sind die Löhne der Drechsler, Tapezierer, Bildhauer und sonstigen Arbeiter die denkbar niedrigsten. So zahlte man früher für das Tugend-Guthhändler 9 M. Arbeitslohn, jetzt 5,34 M. Die Lohnrückerei ist System geworden. So ging es nicht mehr weiter. Deshalb hat gemeinsames Handeln noth und es wurden vor vierzehn Tagen folgende Forderungen einmütig aufgestellt: 1. Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit. 2. 30 pCt. Lohn- und Affordzuschlag. 3. Abrechnung über die jahrelang abgezogenen Strafgebühren. 4. Anständige Verhandlung, Abänderung der Fabrikordnung. Diese berechtigten Forderungen wurden rund abgelehnt. Darauf erfolgte gemeinsame Kündigung zum Zweck der Arbeitsniederlegung, welche nun erfolgen mußte, um wenigstens einigermaßen menschenwürdige Löhne zu erhalten.“

Aus Wiedbadem wird uns mitgeteilt: Nachdem jede gütliche Vereinbarung seitens der Meister abgelehnt worden war, legten am Sonnabend 356 Läufer und Ausrücker die Arbeit nieder. Die Forderungen sind: zehnstündige Arbeitszeit und ein Minimallohn von 88 Pfennigen; für jüngere Leute, die noch keine zwei Jahre aus der Lehre sind, ein solcher von 27 Pfennigen. (Der bisherige Lohn betrug im Durchschnitt 33 Pfennige bei 11 stündiger Arbeitszeit.) Weiter wird wöchentliche Lohnzahlung auf die 14-tägigen gefordert. Das Gros der Streikenden gehört der Vereinigung der Maler, Lackier, Anstreicher, Läufer und verwandten Berufsge nossen an. Es wird ersucht, den Zugang streng fernzuhalten. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Die streikenden Former der Brandes'schen Fabrik in Wollsenbützel ersuchen die Fachgenossen um solidarische Verhalten, besonders, da die genannte Firma in den verschiedensten Orten Ersatzkräfte sucht.

Das Arbeitersekretariat in München beginnt seine Thätigkeit am 1. März.

Anstand.

Die große Branereifirma Guinness u. Co. in Dublin, der Hauptstätt Irlands, bewilligt, wie der „Daily Chronicle“ gemeldet wird, ihren sämtlichen Arbeitern den Achtstundentag freiwillig. Wann wird man etwas Gleiches in unserem lieben deutschen Vaterlande erleben?

Soziales.

Die Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalten haben, wie aus einer vom „Reichs-Anzeiger“ veröffentlichten Tabelle zu ersehen ist, bis Schluss des vorigen Jahres von ihrem Vermögen insgesamt rund 49 Millionen Mark verliehen oder zum Verleihen bereit gestellt und zwar 21,4 Millionen für den Bau von Arbeiterwohnungen, 17,8 Millionen zur Befriedigung des landwirtschaftlichen Kreditbedürfnisses (Hypotheken, Kleinbahnen, Land- und Wegeverbesserungen, Gebung der Viehzucht etc.), 7,8 Millionen an Stadt- und Landgemeinden und 2,4 Millionen an Landgemeinden für den Bau von Krankenhäusern und Gefängnishäusern, Herbergen zur Heimath, Volkshäusern, Kleinkinderschulen, ferner für Krankenpfleger, Spar- und Konsumvereine etc.

Kellnerinnen-Lohn. Ueber eine Petition der Freundinnen junger Mädchen in Heidelberg um geschlichen Schutz für die Kellnerinnen in städtischer, gesundheitslicher und wirtschaftspolizeilicher Hinsicht ist dem Reichstage der schriftliche Bericht zugegangen. Die Petition verlangt zunächst, daß es den Mädchen untersagt werde, vor dem 21. Lebensjahre sich dem Kellnerinnenberuf zu widmen, da minderjährige Mädchen zu leicht der Lutzucht verfallen. Weiter verlangt die Petition, daß jeder Arbeitgeber, der eine Kellnerin ohne bestimmten Lohn anstellt, bestraft werde. Nach den Erhebungen des Statistischen Amtes betrage das monatliche Durchschnittsgehalt einer Kellnerin 10 M.; ein Viertel sämtlicher Kellnerinnen erhielten überhaupt keinen Lohn. Aus dieser Thatfache resultire das auch in städtischer Beziehung gefühlte Trübsal- und Unwesen. Mit Rücksicht auf die Thatfache, daß die Hälfte der Kellnerinnen täglich 14—16 Stunden beschäftigt werden, wird eine Regelung der Arbeitszeit und insbesondere eine Bestimmung dahin verlangt, daß die Arbeitszeit nicht über die zehnte, höchstens elfte Nachtstunde ausgedehnt werden dürfe. In gesundheitslicher Beziehung wird endlich verlangt, daß den Kellnerinnen eine ununterbrochene achtsündige Schlafenszeit, ein freier Nachmittag in der Woche und die Freigabe des Sonntags-Vormittags zum Besuche des Gottesdienstes gewährt werde. Die Kommission beschloß, die Petition dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen.

Der Jahresbericht des bremischen Fabrikinspektors ist soeben der Bürgerschaft zugegangen.

Eine anerkennenswerthe Verfügung hat in Württemberg das Ministerium des Auswärtigen, Abtheilung für die Verkehrsanstalten, erlassen. Danach soll den bei den Eisenbahnen und der Post beschäftigten Arbeitern bei dienstlicher Entsendung zur ärztlichen Untersuchung, bei Arbeitsversammlungen infolge der Ausübung des Wahlrechts bei Reichs- und Landtagswahlen, sowie aus Anlaß militärischer Kontrollversammlungen und der Teilnahme an den Sitzungen der Arbeiterausschüsse der Lohn ohne Abzug fortbezahlt werden, soweit die Versammlungen die als notwendige erkannte Dauer nicht überschreiten. Bei den im Afford beschäftigten Werks- und Fabrikarbeitern ist bei Bemessung der Entschädigung für Arbeitsversammlungen der ordentliche Tagelohnansatz zu Grunde zu legen.

Derselben und letzte Nachrichten.

Breslau, 28. Februar. (W. Z. B.) Der Provinzial-Landtag bewilligte einen festen Beitrag von 1 100 000 M. aus Provinzialmitteln für die Beseitigung des durch die Hochwasserschäden entstandenen Nothstandes.

Zusdruck, 27. Februar. (W. Z. B.) Mehrere Schüler der Staatsgewerbeschule wurden relegirt, weil sie der deutschen Verbindung „Teutoburgia“ angehörten, ihr Kneiplokal schwarz-roth-drappirt, ein Wismarbild aufhängten und „die Nacht am Rhein“ sangen.

Basel, 27. Februar. (W. Z. B.) Die Direktoren der hiesigen Unionbank, Wäst und Wirtz, wurden gestern Abend wegen unlauterer geschäftlicher Machenschaften verhaftet.

Athen, 28. Februar. (W. Z. B.) Die Polizei verhaftete mehrere des Attentats auf den König Georg verdächtige Personen, von denen jedoch nur der Magistratsbeamte Kardika am Attentat wirklich theilhaftig zu sein scheint. Ferner wurde der Redakteur des königlich-benachteiligten Blattes „Embros“ in Haft genommen, weil sein Blatt schon vor dem Attentat verschiedene Thatfachen, die auf einen Mordschlag schließen ließen, publizirt hatte.

Athen, 28. Februar. (W. Z. B.) Die Polizei hat an dem Orte, wo der Mordanschlag gegen den König verübt wurde, eine mit Dynamit gefüllte Grube entdeckt. Die über die Genossen Kardika's ermittelten Einzelheiten werden befristet.

Reichstag.

62. Sitzung. Montag, 28. Februar 1898, 2 Uhr. Am Bundesratsstische: v. Schulz.

Die zweite Staatsberatung wird beim Etat des Reichs-Eisenbahnamts fortgesetzt.

Weim Titel „Präsident“ beantragt Abg. Dr. Pachnide (fr. Sp.) folgende Resolution:

Den Reichstag zu ersuchen, dahin zu wirken, daß — in Ausführung des Artikels 43 der Reichsverfassung und § 4 des Gesetzes betreffend Errichtung eines Reichs-Eisenbahnamtes vom 27. Juni 1873, Maßregeln getroffen werden, um

- a) einer Häufung von Unfällen, wie sie in letzter Zeit auf deutschen Eisenbahnen vorgekommen sind, wirksam zu begegnen;
b) die Leistungsfähigkeit der Bahnen, dem steigenden Verkehr entsprechend, zu erhöhen.

Abg. Pachnide (fr. Sp.) begründet seinen Antrag. Man ist keinen Morgen mehr sicher, nicht in den Zeitungen von neuen grauenhaften Eisenbahnunfällen zu lesen. In einem einzigen Jahre hat die Zahl der Unglücksfälle 3198 erreicht, die Zahl der Getödteten 2118.

Die Ursache dieser Häufung der Unglücksfälle ist entweder im Material oder Personal oder in beiden zu suchen. Die Vermehrung des Materials hält nicht Schritt mit der Steigerung des Verkehrs. Seit Verstaatlichung der preussischen Bahnen ist keine neue große Verkehrslinie mehr gebaut worden.

Abg. Graf v. Kanitz (L.): Ich will die Aufmerksamkeit des Hauses auf einen anderen Punkt richten: auf die Ausnahmetarife. Diese dienen nicht Verwaltungszwecken, sondern sind sozialpolitische Maßnahmen zu dem Zwecke, durch Verminderung der Frachtsätze für einheimische Produkte das Eindringen ausländischer Waare nach Möglichkeit zu verhindern.

Abg. Gerisch (So.): Bei der Erörterung des Antrages Pachnide wird man nicht umhin können, besonders auf die preussischen Eisenbahnen Bezug zu nehmen. Einmal sollen die Maßnahmen, welche der größte Bundesstaat auf diesem Gebiete trifft, gewissermaßen den Eisenbahnverwaltungen der übrigen Bundesstaaten vorbildlich sein.

Das wir von diesem Idealzustand, in welchem nur noch die absolut unvermeidbaren Unfälle übrig bleiben und die Bahnverwaltungen wirklich mit gutem Gewissen sagen können, daß sie alles getan haben, was in menschlichen Kräften steht, um Unfälle zu vermeiden noch außerordentlich weit entfernt sind.

Hinter der gewaltigen Zunahme des Verkehrs sind die im Interesse des Betriebes notwendigen Vergrößerungen und Erweiterungen der Bahnanlagen weit zurückgeblieben. Das ist auch ausdrücklich von dem Vertreter des Reichs-Eisenbahnamtes zugegeben worden.

Was ist das für ein Zustand, wenn für die Ein- und Ausfahrt einer stark benutzten Strecke nur ein Geleise vorhanden ist, das außerdem noch eine scharfe Kurve bildet und deshalb nicht übersehen werden kann?

Lange Zeit hat auf dem Berliner Bahnhof der Berlin-Görlitzer Bahn die gleiche Einrichtung bestanden. Vom Bahnhof bis kurz vor die Verbindungsbahn war für Ein- und Ausfahrt nur ein Geleise vorhanden und auf diesem Geleise mußte auch der sehr starke Sonntag-Nachmittagsverkehr bewältigt werden.

Auch der Oberbau der Bahnen ist nicht in dem gleichen Maße wie das rollende Material schwerer geworden ist, verstärkt worden. Von Seiten der preussischen Eisenbahnverwaltung wird das zwar stets bestritten und bei Entgleisungen auf freier Strecke nach allen möglichen Erklärungsgründen gesucht.

zwischen Entschende und Gelle stattgefunden hat. Damals wurde die Entgleisung auf die starke Verbiegung einer Schiene, die nur durch eine äußere gewaltthätige Einwirkung veranlaßt sein konnte, zurückgeführt. Wälder vom Schlage der „Post“ waren denn auch sofort bereit, da der Hofsing einige Zeit vorher das andere Geleise befahren hatte, den Vorgang zu einem politischen Aktentat zu stampeln.

Die „Attentäter“ wären Karren gewesen, wenn sie in dieser Weise operiert hätten. Mit einem einfachen englischen Schraubenschlüssel, der überall käuflich ist und unter dem Noth getragen werden kann, würden sie viel rascher zum Ziele gekommen sein, indem sie da nur nötig hätten einige Schrauben zu lösen, um eine Entgleisung herbeizuführen.

Nur damit niemand auf den Gedanken kommen sollte, der Oberbau sei nicht in Ordnung gewesen, weil dann der Schluss sehr nahe lag, daß das andere Geleise wahrscheinlich nicht viel besser und somit auch der Hofsing in Gefahr war. Die Dinge sind freilich schon so weit gediehen, daß man vielfach die Meinung aussprechen hört, es müsse auch erst einmal ein Hofsing ein Unfall widerfahren, ehe eine Besserung in unseren Eisenbahnverhältnissen eintritt.

Angenehm war es mir, von dem Vertreter des Reichs-Eisenbahnamtes zu hören, daß eine Revision der Betriebsordnung vom Jahre 1892 beabsichtigt ist. Dieselbe ist total ungenügend, was schon am besten daraus hervorgeht, daß fast alle Betriebsverwaltungen über das in der Betriebsordnung geforderte Mindestmaß von Sicherheitsvorkehrungen hinausgegangen sind.

Die Inspektionen werden oben am grünen Tisch gegeben und gelten für normale Verhältnisse. In der Praxis aber bilden sich ganz andere Inspektionen heraus. Denken Sie an die Zustände vor der Bahnsteigsperrre. Da kletterten die Schaffner an den fahrenden Zügen entlang, um die Wägel zu kospiren.

Die Inspektionen werden oben am grünen Tisch gegeben und gelten für normale Verhältnisse. In der Praxis aber bilden sich ganz andere Inspektionen heraus. Denken Sie an die Zustände vor der Bahnsteigsperrre. Da kletterten die Schaffner an den fahrenden Zügen entlang, um die Wägel zu kospiren.

Die Inspektionen werden oben am grünen Tisch gegeben und gelten für normale Verhältnisse. In der Praxis aber bilden sich ganz andere Inspektionen heraus. Denken Sie an die Zustände vor der Bahnsteigsperrre. Da kletterten die Schaffner an den fahrenden Zügen entlang, um die Wägel zu kospiren.

Die Inspektionen werden oben am grünen Tisch gegeben und gelten für normale Verhältnisse. In der Praxis aber bilden sich ganz andere Inspektionen heraus. Denken Sie an die Zustände vor der Bahnsteigsperrre. Da kletterten die Schaffner an den fahrenden Zügen entlang, um die Wägel zu kospiren.

Die Inspektionen werden oben am grünen Tisch gegeben und gelten für normale Verhältnisse. In der Praxis aber bilden sich ganz andere Inspektionen heraus. Denken Sie an die Zustände vor der Bahnsteigsperrre. Da kletterten die Schaffner an den fahrenden Zügen entlang, um die Wägel zu kospiren.

Was aber sagt die Deutschrift der preussischen Eisenbahnverwaltung?

„Dem tabellosen Gang der Signale wird die größte Aufmerksamkeit geschenkt.“

Man ist eine Kommission eingesetzt worden, welche die Betriebsverhältnisse besichtigen soll, aber nicht ein einziger Betriebsbeamter ist in ihr vertreten, sondern lediglich Bautechniker. Was dabei herauskommen kann, darüber kann ja wohl kein Zweifel bestehen.

Über der Beamte erhielt für seine verantwortungsvolle Tätigkeit pro Tag nur 2 M. 20 Pf. Gehalt gezahlt. (Hört! hört! links.) Damit konnte er seine sehr stark geübte Familie nicht ernähren und mußte daher in seiner dienstfreien Zeit noch andere Arbeiten verrichten, sodaß er müde und erschöpft seinen Dienst antret.

Abg. v. Kardorff (Sp.): In welchem Zusammenhange der Bau verschiedener Kanäle mit dem Reichs-Eisenbahnamt steht, ist mir unverständlich. Es widerspricht mir, hier auf preussische Verhältnisse einzugehen, da der preussische Eisenbahnminister Thielens heute schwer erkrankt ist.

Präsident des Reichs-Eisenbahnamts Dr. Schulz: Ich bin bereit, den Wünschen der Chemnitzer Fabrikanten entgegenzukommen. Abg. Graf v. Stolberg (L.): Der Antrag Pachnide hatte wohl nur den Zweck gehabt, eine Diskussion über die Unfälle hier zu ermöglichen, einen praktischen Werth wird er nicht haben.

Nächste Sitzung Dienstag 2 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Berathung. Berordnung des Bundesrats betr. die Konzeptionierung der Anlagen von Rugschrotmühlen.) Schluß 5 1/4 Uhr.

Parlamentarisches.

Der Bundesrath nahm in seiner heutigen Sitzung die Vorlage betreffend statistische Uebersichten über die Durchführung der Arbeiterversicherungsgesetze im Bereiche der preussischen Kreisverwaltung zur Kenntnis.

Die Reichstags-Kommission für die Novelle zum Postdampfer-Subventionsgesetz hat heute die erste Berathung der Vorlage beendet. Mehrere in Vorschlag gebrachte Resolutionen, betreffend die dem Lloyd zu stehenden Bedingungen, wurden bis zur zweiten Lesung zurückgestellt.

Weiden Häusern des Landtags ist ein Bericht über die weitere Ausführung von Eisenbahnverstaatlichungs-Gesetzen zugegangen.

Kommunales.

Für Neupflasterungen und Entwässerungs-Anlagen sind im Ordinarium des Staats für Straßen- und Brückenbau 847 000 M. — 487 200 M. mehr als im Vorjahre — und für Neupflasterungen von größeren Straßenstrecken mit Asphalt und neuen Steinen 3 275 000 M., das sind 1 559 000 M. mehr als der vorjährige Etat für diese Zwecke aussetzte.

Kosten zu dem gewünschten Ziele führen; 5. Neupflasterung der Schönerstraße zwischen Nummer- und Stargarderstraße 93 300 M.; 6. Umgestaltung des Potsdamer Platzes 68 000 M.; 7. Umgestaltung und provisorische Pflaster der Straße „Am Kupfergraben“ 48 500 M.; 8. Umgestaltung und provisorische Pflasterung der Straße „Am Weidendamm“ 18 500 M.; 9. Verlegung, Regulierung und definitive Neupflasterung der Stallstraße 19 200 M.; 10. Provisorische Neupflasterung der verlängerten Hermannstraße von Rothring- bis Zebdenickerstraße 17 900 M. Wegen der zu erwartenden Bodenverfestigungen wird beabsichtigt, den Damm zunächst mit alten Steinen 6/7. Klasse zu pflastern und die definitive Pflasterung im Jahre 1899/1900 zu bewerkstelligen. Die beiden Inselferrassen und die Dampfplasterung in der Rothringstraße können sofort definitiv hergestellt werden.

Kokales.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis. Die Genossen der Rosenthaler Vorstadt werden hiermit ganz besonders auf die heutige Versammlung hingewiesen. Genosse Zubeil referiert bei Daase, Brunnenstr. 154, über die Sozialdemokratie und ihre Entwicklung in den letzten 20 Jahren. Gleichzeitig geben wir bekannt, daß die Jahreshalle von Köhler, Calvinstraße 11, in Roabit vom 1. März an nach Hube, Kirchstraße Restaurant Spreeshallen verlegt ist. Der Vorstand.

Die Preise der wichtigsten Nahrungsmittel sind in Berlin im Jahre 1897 ziemlich allgemein — und nicht unerheblich — gestiegen. Ueber das Steigen der Brotpreise haben wir bereits kürzlich eine ausführlichere Mitteilung gebracht. Nach den Ermittlungen, die das Berliner Statistische Amt zweimal monatlich in 34 Bäckereien vornimmt, kostete im Durchschnitt dieser 34 Bäckereien und des ganzen Jahres das Roggenbrot 1897: 22¹/₂ Pfennig, 1898: 20¹/₂ Pfennig, 1899: 22¹/₂ Pfennig, 1900: 27¹/₂ Pfennig, 1901: 35¹/₂ Pfennig. Eine noch bedeutendere Steigerung hatten die Preise der Kartoffeln, des neben dem Brot wichtigsten Nahrungsmittels der unermittelten Bevölkerung. Die durch die Markthallen-Direktion bewirkten regelmäßigen Notierungen in den 14 städtischen Markthallen ergaben als Durchschnittspreis des ganzen Jahres und aller Hallen 1897: 5,84 M., 1898: 4,90 M. für den Doppelzentner. Auch die Fleischpreise sind in die Höhe gegangen, der Jahresdurchschnitt aus allen Markthallen um 1-4 Pfennig pro Pfund bei den einzelnen Fleischsorten und in den verschiedenen Preislagen. Beim Schweinefleisch, das für kleine Haushaltungen schon deshalb in erster Linie in Betracht kommt, weil es sich zum Teil selber „abmacht“, also am vortheilhaftesten ist, ist der Preis noch mehr als bei den anderen Fleischsorten gestiegen, für 1 Pfund Rücken von 74 auf 77 Pfennige, Reule von 62 auf 65 Pfennige, Bauch von 56 auf 60 Pfennige. Am stärksten war die Steigerung gerade in der billigsten Preislage, bei dem Bauchfleisch.

Zu der **Justiz** des Polizeipräsidenten, die wir in der Angelegenheit Schneider am Sonntag veröffentlicht haben, befindet sich die Stelle, daß die in der polizeilichen Vernehmung vom 17. v. M. enthaltenen, hauptsächlich unrichtigen Angaben aus einer groben Pflichtverletzung zweier Beamten des 7. Polizeiviertels, sowie auf den Umständen zurückzuführen seien, daß bei dem Transport des verstorbenen Droschkenkutschers Schneider mitthätig gewesen Metallarbeiter Kuhl, trotz der eingehenden Befragung, dem Vorsteher des 11. Polizeiviertels gegenüber nichts davon erwähnt habe, daß er vor der Fahrt nach der Charité zunächst das sechste Polizeiviertel aufgesucht habe.

Hierzu theilt uns der bei dem Transport des Verstorbenen thätig gewesene Herr Kuhl folgendes mit: Von einer eingehenden Befragung meiner Person war aus dem ersten Polizeiviertel keine Rede. Eine solche Befragung war meines Erachtens und wohl auch in der Meinung der dort angestellten Beamten umso weniger nöthig, als doch der mir vom sechsten Revier mitgegebenen Schumann gemeinsam mit mir die Droschke des verstorbenen Schneiders aus dem ersten Revier ablieferte. Dieser Beamte gab meines Wissens, was ja auch pflichtgemäß und selbstverständlich war, alle Aufklärung über den Fall, über den er ja ebenso gut unterrichtet war, wie ich. Es war bei dem auf dem 11. Polizeiviertel beendeten Schlupf des Abenteurers ganz selbstverständlich, daß ich kaum weiter in Frage kam und eine durchaus passive Rolle spielte. Hans Kuhl.

Neue Maßnahmen des Magistrats gegen die Bureau-Hilfsarbeiter. Eine Nachricht, die uns zugeht, läßt darauf schließen, daß sich der Berliner Magistrat in Sachen der Hilfsarbeiter immer noch neue Vorbeeren zu holen gedenkt, trotz der „von Rechts wegen“ ergangenen Entscheidungen der Gerichte bis zum Reichsgericht hinauf. Es handelt sich um den Versuch, einzelne Hilfsarbeiter zu bewegen, schriftlich anzuerkennen, daß sie Privatbeamte seien. So hat nach der und gewordenen Mitteilung der Bureau-Direktor Wertmeister den Vorsitzenden des Ortsvereins der Gemeindebeamten, Herrn Korbach, letzte Woche zu sich kommen lassen und ihm ein dergestaltiges Protokoll zur Unterschrift vorgelegt. Korbach lehnte es ab, zu unterschreiben. Daraus soll der Bureau-Direktor gesagt haben, dann beläme A. auch keine Zulage. Die Nachricht klingt zu wunderbar, als daß wir nicht annehmen, der Magistrat werde irgend eine Aufklärung geben. Es wäre unerhört, wenn der Magistrat, statt nun die Angelegenheit der Hilfsarbeiter im Sinne der Reichsgerichts-Entscheidungen endgiltig zu regeln, den Leuten noch weiter Schwierigkeiten machte, Schwierigkeiten, die neue Prozesse zur Folge haben, deren Ausgang nicht zweifelhaft ist und die der Stadtkasse eine Menge Projektkosten anverleihen.

Eine **Polizei** Verfügung von einschneidender Bedeutung hat das Polizeipräsidium gegen die Große Berliner Pferde-Bahn-Gesellschaft erlassen. Es handelt sich um Befreiung der vorwiegend im Winter auftretenden Klagen über den Platzmangel in den Wagen und auf den Plattformen, über die ungenügende Reinigung der Fußböden und über das nervenerregende Klirren der Fenster. Die Angelegenheit hat, wie erinnerlich, bereits das Oberverwaltungsgericht beschäftigt. Jetzt soll die Große Berliner sich endlich bequemen haben, den selbstverständlichen Polizeivorschriften nachzukommen. Unerfindlich bleibt, warum die Gesellschaft nicht auch gezwungen wird, die Wagen im Winter heizen zu lassen.

Die **Verhaftung eines Berliner Graphologen wegen Hochhabelei** hat in hiesigen wissenschaftlichen Kreisen große Ueberraschung hervorgerufen. Ein Dr. Wenge, der Herausgeber der „Zeitschrift für Kriminal-Anthropologie“, ist in Leipzig nach Verübung verschiedener Schwindelstraftaten in Haft genommen worden. Dr. W., der es verstanden hatte, sich eine einflussreiche Stellung zu verschaffen, verfügte über reiche Erfahrungen auf dem Gebiete des Gesangsweßens. Nach seinen Angaben hatte er sich diese Kenntnisse während seiner Thätigkeit als Gefängnisarzt in England angeeignet. Die jetzt nach seiner Verhaftung angestellten Recherchen ergaben die interessante Thatsache, daß Dr. W. selbst bereits geraume Zeit hinter den Mauern eines Bucht-Hauses verbracht hat, wo er eine Reihe schwerer Straftaten abbüßte. Seinem gewandten Auftreten, vor allem aber seiner Kenntniß des Kriminalwissenschaften, gelang es, selbst in Berliner Gefehtenkreisen Aufmerksamkeit zu erregen. Die von W. herausgegebene „Zeitschrift für Kriminal-Anthropologie“ zählte hervorragende Autoritäten zu Mitarbeitern. Dabei brachte W. es fertig, hiesige und auswärtige Buchdruckerfirmen in raffinierter Weise zu schwindeln. Eine Firma wurde um 1500 M. geschädigt, eine andere löste 600 M. ein. Sein Lebensaufwand stand in keinem Verhältnis zu seinen Einnahmen. Als Graphologe hatte W. vor kurzem noch ein eigenartiges System erfunden, dem von sachmännischer Seite eine große Zukunft prophezeit wurde. Vor einigen Wochen verschwand Dr. W. aus Berlin unter Hinterlassung zahlreicher Schulden. In Leipzig ereilte ihn sein Schicksal. Nachdem er hier

verschiedene Zeitschriften verfaßt hatte, versuchte er die wellbekannte Verlagsfirma Breitkopf u. Härtel um eine größere Summe zu beschwindeln, fiel aber dabei der Polizei in die Hände. Die Untersuchung des Falles dürfte einen großen Umfang annehmen.

Den **Leitern der hiesigen Gemeindefürsorge** sind von den Schulbehörden Fragebogen, betreffend die gewerbliche Beschäftigung von Schulkindern im Monat Februar, zugegangen, deren Ausfüllung, der „Voss. Ztg.“ zufolge, gestern erfolgen sollte. Als gewerbliche Thätigkeit, ist nicht anzuzählen die Beschäftigung in der Landwirtschaft, beim Obbau, Garten- und Weinbau, auch nicht die Thätigkeit im Gesinde (Häutekinder, Rindermädchen, Auswärterinnen etc.) Dagegen ist alle in gewerblichen, Handels- und Verkehrsthätigkeiten vorkommende Beschäftigung zu berücksichtigen, gleichviel bei wem sie stattfindet und ob sie gegen Entgelt oder umsonst geleistet wird, es soll ohne alle weitere Rücksicht lediglich die Thatsache der gewerblichen Beschäftigung verzeichnet werden. Diese soll ferner so genau wie möglich angegeben werden, damit klar ersichtlich ist, wie viel Kinder z. B. zum Zeitungsauftragen, Regelaufsetzen, Backwaren-austragen, als Laufburschen etc. verwendet werden. Endlich soll noch die Zahl derjenigen Kinder angegeben sein, die mehr als drei Stunden am Tage und an vierzehn Tagen in der Woche beschäftigt sind. Die Erhebung erstreckt sich nur auf die öffentlichen Volks- und die diesen gleichstehenden Schulen und ist nicht auf Berlin beschränkt.

Die **polizeiliche Ausnahme** der elektrischen Straßenbahnlinie Alexanderplatz-Schöneberg hat gestern stattgefunden.

Das **Landgericht Berlin II** befindet sich jetzt nicht mehr Rathenowerstr. 112, sondern Rathenowerstr. 88. Dieser plötzliche und ganz unangenehme eingetretene Domizilwechsel hat bereits heute zu diversen Irrungen und Terminverspätungen geführt. Die, wie bisher, nach Rathenowerstr. 112 geladenen Parteien und Zeugen irren ängstlich suchend umher, die in der Ladung angegebene Nummer 112 war nicht auffindbar. Ueber dem Portal III des Roabiter Justizpalastes, über welchem bisher 112 stand, prangt jetzt ein neues Schild mit der Nummer 88. Niemand hat vorher eine Ahnung von dieser Nummerveränderung gehabt.

Der **hiesige Verein Berliner Journalisten** hatte an den Polizeipräsidenten das Gesuch gerichtet, den Verichterichtern auch dann noch den Zutritt zu Versammlungen zu gestatten, wenn diese wegen Uebertretung polizeilich abgesperrt seien. Der Polizeipräsident hat dies Gesuch abgelehnt.

Die **fortschreitende Abholzung** und Entwaldung der Jungfernhäide hat die Aufmerksamkeit der Bewohner der nördlichen Stadtbezirke wachgerufen. Durch die zunehmende Anlegung von Kirchhöfen, durch eine mitten im Walde belegene Schuttabladestelle, durch die bevorstehende Vergrößerung der Militär-Schießstände, sowie durch die geplante Anlage eines Jüngfernhäide für das neue Strafgefängnis bei Zegel wird der Jungfernhäide immer mehr der Charakter einer Erholungsstätte für die Bewohner des Nordens genommen. Der Grundbesitzer-Verein des Wedding und des Oranienburger Thor-Stadtteils hat deshalb beschloffen, bei der Staatsregierung bezw. dem Forstamt dahin vorstellig zu werden, in der Jungfernhäide wenigstens das zu erhalten, was jetzt dort noch an Waldbeständen vorhanden ist.

Der **Verleger der Berliner Thierzeitung**, Otto Dröschler aus der Friedrichstraße 244, über dessen Rantionschwindelstraftaten vor einigen Wochen berichtet, wird jetzt von der Staatsanwaltschaft verfolgt. Leider soll keine Aussicht vorhanden sein, daß das betrogene Personal des Mannes zu seinem Gelde kommt.

Spießbürgerliche Beschränktheit. Der Hund der Handel- und Gewerbetreibenden hat auf Antrag verschiedener Mitglieder eine Eingabe an das Igl. Polizeipräsidium gerichtet, in welcher Beschwerde darüber gefährt wird, daß es den Schaffnern der Großen Berliner Pferde-Eisenbahn gestattet ist, die Firmen der großen Baarenhäuser an den in deren Nähe befindlichen Poststellen anzufragen. Die kleineren und mittleren Handel- und Gewerbetreibenden würden durch diese Gespögenheit, die nach ihrer Ansicht einer Kellame für die betr. Bajare gleichkommt, geschädigt; sie bitten um Abstellung dieser Anfrågungen.

Auf dem **Hamburger Güterbahnhof** explodirte am Sonntag Abend um 8 Uhr eine dort lagernde kleine Kiste. Ein Arbeiter Arnold wurde dabei leicht am Auge verletzt. Soweit sich jetzt festgestellt ist, enthält die Kiste sogenannte Radfahrerbomben, im Frachtbriefe waren Fahrradbteile als Inhalt angegeben.

Ein **prächtiges Meteor**, das sich von Südwesten nach Norden bewegte, wurde am Sonntag Abend 8 Uhr 39 Minuten in Berlin und der Umgegend beobachtet.

Erschossen hat sich gestern Morgen zwischen 4 und 5 Uhr der Tuchfabrikant Lippstein aus Muskau i. Schl. der sich seit dem Freitag voriger Woche in Berlin aufhielt. Er wohnte bei der Wittve Kuhn im dritten Stock des Hauses Neuenburgerstraße 14a. Als gestern Morgen um 8¹/₂ Uhr der Barbier erschien, fand er Lippstein mit einer Schußwunde in der rechten Schläfe tot im Bett vor. Nach Mittheilungen eines Angehörigen haben geschäftliche Sorgen die Veranlassung zum Selbstmord gegeben.

Einen **Selbstmordversuch** machte vor einiger Zeit der Rekrut Habuschke von der 7. Kompanie des Garde-Füsiliers-Regiments, indem er sich mehrmals in den Hals schnitt. Der Schwerverletzte wurde im Garnisonlazareth I geheilt und vor 14 Tagen seinem Truppenthale wieder zugewiesen. Jetzt ist er in die Heimat entlassen worden, weil man erkannt hat, daß er schwachsinnig ist.

Der **Selbstmordversuch** eines in den Kreisen der hiesigen Wolwarenbranche bekannten Kaufmanns F. erregt Aufsehen. F., der verheirathet und Vater mehrerer Kinder ist, unterhielt seit Jahren ein Liebesverhältnis mit der Arbeiterin Anna D. Vor wenigen Monaten verließ das Mädchen die Wohnung und war trotz aller Bemühungen ihres Liebhabers nicht aufzufinden. Erst vor einigen Tagen erhielt F. die Mitteilung, daß die D. sich verheirathet habe. Er suchte am Freitag die junge Frau in ihrer Wohnung am Alexanderplatz auf und es kam nun zwischen Beiden zu einer sehr heftigen Scene, in deren Verlauf F. die Drohung aussprach, daß das Leben für ihn nun keinen Werth mehr habe und daß er in kürzester Zeit sterben werde. Am Sonntagabend Abend schloß F. sich, nachdem er seine Frau in ein Theater geschickt hatte, eine Kugel in die Brust. Der schwer Verletzte wurde in eine Klinik geschafft.

Mit **sechzehn Wunden im Kopf** wurde gestern Morgen der Töpfer Emil Pohl in einem Krankenhaus aufgenommen. Ueber die Entstehung der Verletzungen gab er an, daß er am Sonntagabend, als er seiner in der Rheinsbergerstraße wohnenden Frau das fällige Pflagegeld für ein Kind habe überbringen wollen, in ihrer Wohnung von mehreren Personen überfallen und übel zugerichtet worden sei. Die angestellten Nachforschungen haben ergeben, daß Pohl in der zehnjährigen Dauer seiner Ehe seine Frau mißhandelte, so daß sie ihn Mitte Oktober v. J. verließ. Sie hatte mit ihm 14 Wohnungen inne, die sie stets des Mannes wegen räumen mußte. Frau P. ernährt sich und ihre fünfjährige Tochter durch Weisnähererei, wurde aber öfter durch das Erschreuen des Mannes in dem Erwerb gehindert und auch gemißhandelt, so daß der Hausvirth dem Wätherich den Zutritt verbot. Am Sonntagabend hatte Frau P. ihr Töchterchen zum Abliefern fertiger Sachen fortgeschickt, als es an ihrer Thür klopfte. In dem Glauben, es sei das Kind, öffnete die Frau und wurde gleich von dem vor der Thür lauernden Mann mit einer ähnden Flüssigkeit begossen und gemißhandelt. Der Töpfer Bernhard Daur, der auf das Geschrei der Frau aus seiner Schlafstelle heraustrat, erhielt von Pohl mit einem harten Gegenstand einen Schlag auf den Kopf. Daur ergriff zur Abwehr einen Stock, und während nun ein Kampf zwischen den Beiden stattfand, eilten aus dem Hause andere Personen herbei, die dem Eindringling den ihm gebührenden Lohn zukommen ließen und ihn dann hinausbeförderten.

Die **Prophezeiungen einer Kartenlegerin** haben die unverehelichte 21jährige Schneiderin Auguste Klein zum Selbstmord getrieben. Das Mädchen war mit einem Schlossergesellen verlobt, der gegenwärtig bei einem hiesigen Garderegiment dient. Da sie glaubte, ihr

Verlobtengam verlehre mit einem anderen Mädchen, begab sie sich anfangs voriger Woche zu einer Bekannten, die ihr die Karten legte und ihr die Zukunft prophezeite. Die Kartenlegerin fand, daß der Pique-Sub neben der Coeur-Dame liege, und da die Pique-Sieben in die Nähe der beiden anderen Karten fiel, so die Untrene des schwarzhaarigen Grenadiers mit einem blonden Mädchen erwiesen. Als Trost konnte die moderne Psyhia der Weinenen noch mit auf den Weg geben, daß sie binnen kurzem einen Abgabebrief erhalten werde. Das genügte, um die geistig schwach veranlagte Schneiderin zur Verzweiflung zu treiben. Am Sonntagabend fand die Wirthin der A. ihre Mietherin in heftigen Krämpfen bewusstlos auf dem Bette liegen. Die Bedauernswerthe hatte, wie ein hinzugekommener Arzt konstatierte, Krampf gemessen. Nach Anwendung geeigneter Gegenmittel wurde die A. nach einem städtischen Krankenhaus geschafft.

In Tode gekommen ist auf den Allgemeinen Elektrizitäts-werken in der Brunnenstraße der 47 Jahre alte frühere Putzmeister Hermann Raichmann aus der Swinemünderstr. 74. Bei der Arbeit gerieth er zwischen einen Krahn und einen Pfeiler und wurde so schwer verletzt, daß man ihn nach einem Krankenhaus bringen mußte. Dort ist er einem eitrigen Beckenbruch und der Zerreißung innerer Theile erlegen.

Eine **fatale Ueberrückung** wurde am Sonntag eines Zigarrenhändler F. zu Theil, welcher in der Brunnenstraße eine Filiale unterhält, die mit einer Annahmestelle der Päckefahrtgesellschaft verbunden ist. Gestern Vormittag fiel es den Nachbarn auf, daß das Geschäft nicht geöffnet wurde, und als der Laden auch um 12 Uhr noch verschlossen blieb, telephonirte man bei Herrn F. an, der auch alsbald erschien und feststellte, daß sein junger Mann, der 21jährige G., verschwunden sei. Seit einiger Zeit ist von der Päckefahrtgesellschaft der Filiale auch die Annahme von Postanweisungen übertragen worden, und am Sonntagabend waren verschiedene Anweisungen im Gesamtbetrag von 500 M. in dem Geschäft eingezahlt worden. Diese sowie die Tagesklasse vom vorhergehenden Tage waren unterschlagen worden. Der Desraubant hat allem Anscheine nach Berlin am Sonntagabend verlassen und sich mit der Beute, welche insgesammt kaum 600 M. betragen dürfte, nach Holland geflüchtet.

Jungen **gesucht.** Zum Zwecke der Wiederaufnahme eines Strafprozesses werden die Personen, welche am 22. Oktober v. J. abends zwischen 8 und 9 Uhr die Wäure am Bahnhof Savignyplatz beobachtet haben, die sich zwischen dem dort stationierten Beamten und einem Passagier abgespielt hat, dringend gebeten, ihre Adresse bei Hertel, Gipsstr. 7, 2 Tr., abzugeben.

Die **Poliklinik für Sprachstörungen** von Dr. med. A. Liebmann ist nach Alt-Roabit 93 verlegt. Sprechstunde $\frac{1}{2}$ - $\frac{3}{4}$ Uhr. Unentgeltliche Behandlung.

Am **Mittwoch** ist kein Orgelvortrag in der Marienkirche.

Die für den **Konopalast** bestimmte, aus ungefähr 150 Personen bestehende Mission- und Zavaner-Karawane traf gestern am Potsdamer Bahnhof ein. Um 5 Uhr nachmittags wird die Schausstellung dem allgemeinen Besuche geöffnet.

Die **Berliner Nachtbilder** in 12 pantomimischen Genrebildern erste Aufführung im Passagen-Panoptikum für Dienstagden 1. März, angekündigt war, können wegen technischer Schwierigkeiten erst vom Donnerstag, den 3. März, ab gegeben werden. Inzwischen unterhält ein Spezialitäten-Programm, worunter auch die bewährten 8 lustigen Wienerclowns, die Besucher des Panoptikums.

Feuerbericht. Sonntagabend, abends 10 Uhr, mußte Blumenstraße 9 ein unbedeutender Zimmerbrand und Mantelkesselstr. 66 ein Kellerbrand abgelöst werden. Im letzteren Falle gingen verschiedene Verschläge mit Inhalt in Flammen auf und ist der entstandene Schaden beträchtlich. Eine Stunde später wurde Michaelkirchstr. 31 ein Theil der Dachkonstruktion eingestürzt, wobei eine Anzahl mit Hausgeräthen gefüllte Bodenverschläge vernichtet wurden. Sonntag früh 5¹/₂ Uhr brannte Langestraße 88 ein mit Brennmaterialien gefüllter Schuppen nieder. Bald darauf mußte Alexanderstraße 21 ein Zimmerbrand abgelöst werden. Nachmittags 2 Uhr brannte Alt-Roabit 14 Stroh und Wirthschaftsgeräth im Keller. Abends 9 Uhr erfolgte gleichzeitig Alarm nach Steuerr. 43 und Oberbaumstraße 3. Im ersten Falle handelte es sich um einen Gardinenbrand, im zweiten Falle brannte ein Schuhmacher-Laden fast vollständig aus. Montag früh 7 Uhr entstand in der Zeughostraße 7 in der Telegraphen-Bananenst. ein Schuppenfeuer, das die Wehr längere Zeit beschäftigte und beträchtlichen Schaden verursachte. Nachmittags $\frac{1}{2}$ Uhr endlich mußte Schönebergerstr. 13 noch ein Kellerbrand abgelöst werden.

Aus den Nachbarorten.

Die **vielerörterte Frage der Anlage** von Radfahrwegen im Grunewald zur Entlastung der Grunewaldchauffee gewinnt jetzt greifbare Gestalt. Man sängt, der „Voss. Ztg.“ zufolge, schon an, die Wege zu bauen und zwar in folgender Weise. Vom Bahnhof Grunewald wird in der Verlängerung der Auerbachstraße ein Weg längs der Eisenbahn auf deren östlicher Seite bis dahin gemacht, wo die Chauffee die Bahn kreuzt. Von da ab kommt dann auf jede Seite der Chauffee jenseits der Chauffeegräben ein drei Meter breiter Radfahrweg. Diese Wege, von denen der östliche nur in der Richtung nach Berlin, der westliche nur in der Richtung nach Berlinhof befahren werden darf, führen bis nach Veitshof. Sie werden mit Lehm und Schluff bestreut und dürften bei sachgemäßer Ausführung, namentlich auch guter Abwasserung, für Radfahrer fast das ganze Jahr hindurch benutzbar sein. Die Chauffee selbst wird auf der entsprechenden Strecke für den Radfahrverkehr gesperrt. Um nach der Auerbachstraße, dem Ausgangspunkte dieses Wegesystems, zu gelangen, fährt man entweder gleich hinter der Halenser Brücke den Kronprinzen-damm hinunter bis zum Försterweg und diesen entlang bis Bahnhof Grunewald, oder man verfolgt die Königallee, von der aus man sowohl durch die Tabernerstraße, die wieder zum Försterwege hinleitet, als auch durch die Fontaneistraße zur Auerbachstraße kommen kann. Schließlich ist es auch möglich, die Bismarck-Allee zu benutzen, die ja kurz vor der Fontanestraße in die Königallee mündet. Mit dem Einsetzen der schönen Jahreszeit hofft man die Wege vollendet und damit auch allen den Klagen und Beschwerden, die der Radfahrverkehr im Grunewald sowohl bei den Radfahrern wie bei den Nichtradlern veranlasste, ein Ende gemacht zu sehen.

Das **Opfer eines Raubausfalles** ist am Sonntagabend der Häfetter Leitmeritz aus Berlin geworden, der in Hahnelhorst eine Stelle für den Sommer angenommen hat und am 26. den Wirth besuchte. Auf dem Rückwege nach Berlin ist er in der Jungfernhäide von fünf Wegelagerern angefallen und seiner Uhr sowie eines Geldbetrages von 80 M. beraubt worden.

Gerichts-Beilage.

Wegen **Verbreitung des „Stettiner Volksboten“** war der Parteigenosse Büttner angeklagt worden, sich gegen den § 10 des alten preussischen Pressgesetzes vergangen zu haben. Der genannte Paragraph verbietet es bekanntlich, daß an öffentlichen Orten ohne Erlaubniß der Polizei Druckschriften vertheilt werden. Schöffengericht und Landgericht sprachen B. jedoch frei, indem sie der Anschauung des Kammergerichts beitraten, daß der § 10 des preussischen Pressgesetzes u. a. nur noch insoweit gültig sei, als es sich um das Vertheilen von Aufrufen, Bekanntmachungen und Plakaten handle. Einen in der betreffenden Nummer enthaltenen Artikel: „Wilt Du Sozialdemokrat?“ erachteten die Gerichte im Gegensatz zur Staatsanwaltschaft für keinen Aufruf. Der Artikel regt in ziemlich allgemeinen Ausführungen die Agitation für die Presse und die Sozialdemokratie an. Das Landgericht führte aus, diese allgemeinen Ausführungen könnten deshalb nicht als Aufruf angesehen werden, weil eine Aufforderung zu bestimmten Handlungen fehle. Das Kammergericht, das sich gestern auf die Revision der Staatsanwaltschaft mit der Sache

zu befragen hatte, schloß sich dem Landgericht an und sprach B. gleichfalls frei.

Die acht Landarbeiter Rudaska und Genossen waren wegen Verletzung ihrer Dienstpflichten auf Grund des Spezialstrafgesetzes für Gefinde und ländliche Arbeiter vom 24. April 1854 mit Geldstrafen von je 10 M. belegt worden. Die Berichte vernichteten sie ebenfalls, indem sie folgendes als festgestellt annahmen. Die Leute waren mit dem Administrator eines pommerischen Rittergutes einen schriftlichen Vertrag eingegangen, wonach sie verpflichtet waren, im Sommer des vorigen Jahres bestimmte Arbeiten auf Feld und Wiese auszuführen. Neben den schriftlichen Gegenverpflichtungen versprach der Administrator ihnen noch mündlich, daß ihnen während des Mittages zugetragen werden solle, wenn die Arbeitshelle sich in größerer Entfernung vom Gute befände. Als die Angeklagten nun auf einer entfernten Wiese arbeiteten, erhielten sie das versprochene Essen nicht. Auf ihre Beschwerde darüber gab der Administrator an, er sei davon nicht unterrichtet gewesen und sagte für die Zukunft die Erfüllung des Wunsches zu. Die Angeklagten waren aber der Meinung, daß hier ein vollkommener Vertragsbruch vorliege, der sie berechtige, ebenfalls von ihren Verpflichtungen zurückzutreten; sie legten deshalb die Arbeit nieder. Die Polizei und die Gerichte sahen darin indessen ein unberechtigtes Verlassen des Dienstes. Gegen das Urtheil zweiter Instanz legten die Angeklagten die Revision ein, zu deren Begründung ihr Vertreter anführte: Nach dem Titel 11 Teil I des Landrechts könne die eine Partei von „Verträgen über Handlungen“ zurücktreten, wenn die andere Partei sie nicht erfüllt. Da ihnen das Mittagessen nicht, wie versprochen, hinausgeschickt worden sei, hätten sie die Arbeit niederlegen können. Der Oberstaatsanwalt betonte, daß die mündliche Abrede über das Mittagessen neben dem schriftlichen Vertrage überhaupt ungültig sei. Es könne aber auch dem Administrator eine schuldhaftige Nichterfüllung seines Versprechens nicht vorgeworfen werden. Das Kammergericht verwarf die Revision als unbegründet. Das Landgericht in Stolp habe ohne Rechtsirrtum angenommen, daß die Angeklagten ohne gesetzlichen Grund die Arbeit verlassen hätten. Nach § 878 I 11 des Allgemeinen Landrechts hätten sie den Dienst nur verlassen können, wenn sich der Dienstherr geweigert hätte, das Essen nachzuschicken, nicht aber schon deshalb, weil er es nicht geschickt habe. Und eine wirkliche Weigerung sei nicht nachgewiesen.

Vom Gefindevertrag. Ein junges Mädchen Namens B. hatte mit der Erlaubnis des Vaters mit dem Kürschnermeister Jakob einen mündlichen Vertrag geschlossen, worin es sich verpflichtete, vom 1. Mai 1896 bis zum 1. Mai 1897 bei G. als Dienstmädchen zu fungieren. J. mietete Fräulein B. dann auf ein weiteres Vierteljahr, jedoch nahm ihr Vater sie schon vor Ablauf desselben aus dem Dienst. Hieran wurde gegen das Mädchen das Strafverfahren eingeleitet wegen Vertragsbruchs auf Grund des Gesetzes, betreffend die Verletzungen der Dienstpflichten des Gefindes und der ländlichen Arbeiter. Das Landgericht sprach indessen die Angeklagte aus folgenden Erwägungen frei: Nach § 22 der Gefinde-Ordnung bedürfte es zur Annahme des gemeinen Gefindes keines schriftlichen Vertrages und nach § 23 vertrete seine Stelle die „Gebung und Annehmung“ des Mitgliedes. Nun habe die Angeklagte am ersten Mai 1897 kein Miethsgeld erhalten, das einen schriftlichen Vertrag erkennen könnte, und ein schriftlicher Vertrag sei auch nicht abgeschlossen worden. Es sei also ein neuer Vertrag für die Zeit nach dem Ablauf des ersten überhand nicht zu stande gekommen und das Mädchen sei darum nicht verpflichtet gewesen, länger bei G. zu bleiben. Demnach könne auch kein Vertragsbruch angenommen werden. Das Kammergericht hob auf die Revision der Staatsanwaltschaft das freisprechende Urtheil wieder auf und wies die Sache zu anderweitiger Entscheidung in die Vorinstanz zurück. Der Vorsitzende führte begründend aus, es könne ganz dahingestellt bleiben, ob die zweite Abrede gültig gewesen sei oder nicht, denn es kämen hier §§ 114 und 115 der Gefinde-Ordnung in Frage. Diese Paragraphen lauten: Ist keine Kündigung erfolgt, so wird der Vertrag als stillschweigend verlängert angesehen. Bei häuslichem Gefinde wird die Verlängerung auf ein Vierteljahr gerechnet. Hiernach hätte das Mädchen, da eine Kündigung während der Dauer des ersten Vertrages nicht erfolgt sei, auf jeden Fall noch ein Vierteljahr bei G. bleiben müssen. Es sei daher das erwählte, die Landarbeiter und das Gefinde betreffende Gesetz vom 24. April 1854 anzuwenden.

Ein Nachspiel zu dem Prozeß gegen die gefährliche Einbrecherbande Seibt und Genossen, der im November 1895 hier verhandelt wurde, wird demnächst die Strafkammer beschäftigen. Die Seibtsche Einbrecherbande bestand aus 17 Köpfen. Der Hauptangeklagte Seibt, der zu 15 Jahren Zuchthaus verurtheilt wurde, mußte damals durch zwei Strafgefangene auf die Anklagebank getragen werden, weil er sich bei einem mißglückten Fluchtversuch die Knieeisen zerschmettert hatte. Gegen acht Angeklagte wurden hohe Zuchthausstrafen erlassen. In dem Prozesse verteidigte Rechtsanwalt Dr. Friz Friedmann das gleichfalls mitangeklagte Merte n'sche Ehepaar, dessen Tochter ihm später nach Paris gefolgt ist. Außer den Eheleuten Merte n wurde auch der vom Rechtsanwalt Dr. Schmidt verteidigte Zimmermann Johann Mathias Busch freigesprochen. Gegen diesen scheint nun der Grimm einiger der damals Verurtheilten erwacht zu sein, denn sie beschuldigen in Briefen an ihre Ehefrauen gerade diesen freigesprochenen Busch der lebhaftesten Theilnahme an ihren verbrecherischen Unternehmungen und behaupteten, daß er nicht nur Gelegenheiten zu Einbrüchen ausbaldowerte, sondern auch wiederholt seinen Antheil an der Diebstehle erhalten habe. Diese Thatsachen kamen zur Kenntniß der Staatsanwaltschaft, diese verfügte ausgangs Januar die Verhaftung des Busch und hat nun Anklage gegen ihn wegen Beihilfe, schweren Diebstahls und Hehlerei erhoben. Seine Verteidigung hat wiederum Rechtsanwalt Dr. Schmidt übernommen.

Die nicht bloß in Paris, sondern auch bei uns bei gewissen Damen eingerissene Modetheorie, sich den Oberarm tätowiren zu lassen, ist für die unverschämte Auguste Wagner, die gestern unter der Anklage des Diebstahls vor der siebenten Strafkammer stand, gefährlich geworden. Das dem schrankenlosen Lebensgenusse huldigende Mädchen hatte einen jungen Studenten in ihre Nebe gezogen, und ihm bei einem Stehbühnen sein Portemonnaie mit 30 M. Inhalt gestohlen. Darauf war sie spurlos verschwunden. Der junge Mann hatte jedoch wahrgenommen, daß das Mädchen am Oberarm eine ziemlich kunstvoll gefertigte Tätowirung hatte, er hatte sich die dort eingravierten Buchstaben gemerkt und die Polizei ermittelte daraufhin sehr bald die Angeklagte als die Diebin. Das Mädchen bestritt sehr lebhaft, den Angeklagten irgendwas zu kennen; der Gerichtshof überzeugte sich aber durch Augencheinnahme — während deren die Heftigkeit ausgedehnt wurde —, daß an dem Arm der Angeklagten in der That die von dem Studiosus beschriebene Tätowirung vorhanden war. Sie war also die Diebin und wurde nun zu sechs Monaten Gefängniß unter Anrechnung von einem Monat Untersuchungshaft verurtheilt.

Aus Straßburg im Elsaß wird berichtet: Vor der Strafkammer des Landgerichts Zabern fand am 25. Februar ein Prozeß seinen Abschluß, der im ganzen Lande Aufsehen erregt hat. Angeklagt war der 51jährige katholische Pfarrer Jakob Reu, früher in Dillingen-Burscheid. Ihm war zur Last gelegt: sieben Fälle von Betrug, begangen zum Nachtheil der Kirchengemeinde Deringen, zwei Fälle von Unterschlagung verschiedener zu kirchlichen Zwecken bestimmter Gegenstände, endlich drei Betrugsfälle zum Nachtheil der Kirchengemeinde Burscheid und einiger Bürger von dort; insgesamt handelte es sich um Beträge von ca. 1600 M. Die Voruntersuchung hatte sich über ein Jahr hingezogen, weil zwischen dem kaiserlichen Ministerium und dem Bisthum Metz Verhandlungen stattfanden wegen Herausgabe der Deringer Kirchbücher, die schließlich doch nicht erfolgte. Als Zeugen waren u. a. erschienen der Generalvikar des Bisthums Metz, der Superior und ein Vater von den dortigen Franziskanern nebst einer Anzahl weiterer Geistlicher. Der An-

geklagte besitz ein Vermögen von nahezu 100 000 Mark und war nach seiner Inhaftirung gegen eine Kaution von 20 000 M. wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Er wird als ein der Trunksucht bis zum Säuerwahnsinn ergebener Mensch geschildert, der zeitweise am Delirium litt und von geradem unheimlicher Ghabler besessen war. Das Gericht nahm fünf Betrugs- und zwei Unterschlagungsfälle als erwiesen an und verurtheilte Reu zu einer Gesamttgefangnißstrafe von sechs Monaten sowie zu 800 Mark Geldstrafe; außerdem wurde auf Abkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von zwei Jahren erkannt und ihm die hohen Prozeßkosten zur Last gelegt.

Versammlungen.

Eine stark besuchte öffentliche Versammlung der Zimmerer lagte am Freitag in der Tonhalle, um zunächst den Rechenschaftsbericht der Lohnkommission für die Zeit vom 1. Oktober 1897 bis zum 20. Februar 1898 entgegenzunehmen. Den Bericht für die Lohnkommission erstattete Th. Fischer, der die Vorkommnisse, die in dieser Zeit zu verzeichnen sind, eingehend erörterte und zum Schluß darauf hinwies, daß die von verschiedenen Seiten aufgestellte Behauptung, daß die Berliner Zimmerer mit ihren Lohnbewegungen und mit ihrem Vorgehen im allgemeinen nichts erreicht hätten und die Kämpfe resultatlos gewesen wären, unrichtig sei. Er verwies darauf, daß der Stundenlohn im Jahre 1893 kaum allgemein 50 Pfennig betrug und daß im Jahre 1894 in den beiden Organisationsinsgesamt nur 600 Mitglieder zu verzeichnen waren. Erst im Jahre 1895 wurde versucht, den Stundenlohn auf 52 1/2 Pf. zu erhöhen und auch im Anfang des Jahres 1896 konnte noch nicht in der gewünschten Weise vorgegangen werden, weil es dem Unterstützungsfonds an den notwendigen Mitteln mangelte. Während aber bis dahin außer der gehandhabten Arbeitszeit noch sehr viel Ueberstunden gearbeitet werden mußten, ist gegenwärtig bei der neunstündigen Arbeitszeit die Ueberstundenarbeit auf ein Minimum herabgesunken und in derselben Weise auch der Stundenlohn auf 60 Pf. gestiegen. Aus den weiteren Ausführungen Fischers sowie aus dem der Versammlung gedruckt vorgelegten Situationsbericht ist zu entnehmen, daß die Bewegung seit der letzten Verrechnung nur verzeigete Erfolge zu verzeichnen hat. Auch hinderten, wie angeführt wird, die in Szene gesetzten Einigungsversuche vielfach die Unternehmungen der Lohnkommission. Die auf Beschluß von der Lohnkommission vorgenommene Arbeitslosigkeitstatistik ergab, daß von denjenigen, die sich überhaupt veranlaßt sahen, hierüber Angaben zu machen, 2061 Zimmerer 15 606 Wochen oder 94 176 Arbeitsstunden arbeitslos waren. Die Streikzeit ist nicht mit eingerechnet. Außerdem waren 88 Zimmerer 535 Wochen als krank gemeldet; bis auf einzelne Fälle bezog sich die Krankheit auf staltgefundenen Unfälle. — Nur 159 hatten das Glück, nicht arbeitslos zu sein. Aber ein noch viel traurigeres Bild würde sich ergeben, wenn die Beteiligung an der Statistik eine allgemeine gewesen wäre. Obwohl die Arbeitslosigkeiten in Rücksicht auf die große Arbeitslosigkeit nur bei zwingenden Gründen vorgenommen wurden, kamen doch 601 Personen in die Lage, um dem oft ganz rigorosen Vorgehen der Unternehmer entgegen zu treten, die Arbeit niederzulegen und mußten für diese 1567 Wochen Unterstützung gezahlt werden. Aus dem Kassendbericht, den R. Myles erstattete, war zu entnehmen, daß die Einnahmen in der Zeit vom 1. Oktober 1897 bis 20. Februar 1898 inkl. des vorhandenen Bestandes von 8157,49 M. insgesamt 11 831,24 M. betragen. An Ausgaben wurden verzeichnet: 1194 M. Gewerbesteuer-Unterstützung, 618,05 M. für Kontrolle des Arbeitsnachweises, Bantzen und Plätze, 629,10 M. für Entschädigung an die Lohnkommission, 1000 M. an die freilebenden Maschinenbauer Englands, 576,90 M. für Druckkosten, 161,55 M. für Prozeßkosten und 94 M. an die Zimmerer in Lichterfelde, insgesamt 5388,57 M. Within verbleibt ein Bestand von 6492,87 M. Diese Verrechnung wurde als richtig bestätigt und auf Antrag der Revisoren dem Kassier von der Versammlung die Decharge ertheilt. Hieran gelangte ein Antrag zur Annahme, nach welchem die Diskussion über den Bericht Fischers vertagt wurde und die Abstimmung über die bereits in der Sonntagsnummer bekannt gegebenen Resolutionen vorgenommen werden sollte. Nach langer Geschäftsordnungsdebatte und mehreren resultatlosen Abstimmungen einigte man sich dahin, daß die Anwesenden beim Verlassen des Saales am Ausgange ihre Stimme abzugeben haben. — Das Resultat der Abstimmung haben wir ebenfalls bereits veröffentlicht.

Die Freie Vereinigung selbständiger Barbier, Friseur etc. hielt am 1. d. M. in Englischen Garten ihre Monatsversammlung ab. Zu Punkt 1 gab Kollege Augustin den Kassendbericht, aus dem hervorgeht, daß nur wenig Lehrlinge die Fachschule besucht haben. Schrotke verlangte, daß jetzt, da in nächster Zeit die neue Handwerker-Gesetz-Novelle in Kraft treten wird, eine rege Agitation in unserem Berufe entfaltet werden sollte. Zu diesem Zwecke wurde eine 7gliederige Kommission gewählt, welche das Erforderliche veranlassen soll. Sodann wurde Schlotki als Kassentruer und Kappe als Arbeitsnachweiskommissions-Mitglied gewählt.

Die Verwaltungskasse Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hielt am Montag, den 21. Februar, eine beschlossene Versammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der verstorbenen Kollegen Sandte, Trellin und Gust. Wegner in üblicher Weise gelehrt. Hieran erstattete Cohen als Mitglied der feierlich gewählten Kommission zur Regelung der Agitation in den Provinzen Bericht, die Kommission hatte an sämtliche Verwaltungen der Provinz Brandenburg und Pommern Fragebogen versandt, um Auskunft zu erhalten, wie sich die Verwaltungen zu einer eventuell einzuberufenden Provinzialkonferenz der Metallarbeiter stellen und welche Mittel sie für die Agitation aufzubringen in der Lage wären. Die Fragebogen sind von 26 Verwaltungen beantwortet worden, von denen 17 die Abhaltung einer Konferenz bejahend beantworteten. Die Kommission beantragte deswegen, die Generalversammlung möge die Abhaltung einer Provinzialkonferenz der Metallarbeiter für den zweiten Osterfesttag beschließen. Jede Verwaltung möge hierzu ihre Delegirten entsenden und zwar diejenigen, welche von 1—500 Mitglieder haben, 1 Delegirten und von 500—1000 Mitglieder 2 Delegirte, Berlin auf je 1000 Mitglieder einen Delegirten. Die Kosten der Konferenz müßte zum Theil die Verwaltung Berlin tragen. Nach längerer Diskussion wurde beschlossen, die Konferenz der Metallarbeiter Brandenburgs und Pommerns am Sonntag vor Ostern abzuhalten, zu dieser 3 Delegirte zu entsenden und zu den Kosten 250 M. beizutragen. Die Vorarbeiten für die Konferenz wurden der Kommission übertragen. Als Delegirte wurden Cohen, Wuschik, Mohrke, Paas und Scheffler gewählt; ferner wurden Räther, Mohrlach und Lisin delegirt, jedoch haben diese nur beratende Stimme. — Nachdem wurden die Vorschläge, welche die Kommission zur Regelung der Agitation gemacht, der Versammlung überbreitet. Demnach soll die Agitation einer ständigen Kommission übertragen werden, welche allwöchentlich eine Zusammenkunft abhält, ein Mitglied derselben solle besoldet werden; Adresse der Kommission soll Annenstr. 89 sein. Zu den Kosten der Agitation hat Berlin 3000 M. beizutragen, von denen 1500 M. die Verwaltung Berlin zahlt. Lisin erklärte sich gegen diese Vorschläge, da dieselben zum größten Theile nicht durchführbar sind, speziell wendet er sich dagegen, daß die Sachen mit dem Bureau Annenstr. 89 verquittet werden. Bezüglich der Kosten sei er der Meinung, daß diese viel zu niedrig bemessen seien, mit 3000 Mark ließe sich eben nichts anfangen. Behold maß den Vorschlägen ebenfalls nur wenig praktischen Werth bei. Nach längerer Diskussion wurden alle von der Kommission gemachten Vorschläge vertagt und die Regelung der Agitation der Konferenz überlassen. Bericht wurde noch, daß beim Vertrauensmann Mohrlach Revision abgehalten und alles in Ordnung befunden worden sei, demselben wurde hierauf Decharge ertheilt. Die weiteren Punkte der Tagesordnung wurden bis zur nächsten General-Versammlung vertagt.

Zu einer öffentlichen Versammlung der Droschkentischer, die am 25. Februar in der Alexanderstr. 27 a tagte, referirte Siegrist unter Beifall der Versammelten über: „Was lehrt uns die letzte Streiks?“ Der Delegirte der Gewerkschaftskommission, H. Schulz, berichtete hierüber über die Thätigkeit derselben und seine Stellung zu den dortselbst gefaßten Beschlüssen. Ihm wurde die Vertretung der Droschkentischer in der Gewerkschaftskommission wiederum für ein weiteres Jahr übertragen; Zylländer wurde mit der Stellvertretung betraut. Einem Antrage, 10 M. zum Antrags für die Märzgefallen zu bewilligen, wurde stattgegeben. Kranz beantragte hierauf Auflösung der feierlich eingeleiteten Kommission zur Agitation für wöchentlich einen oder mindestens monatlich 2 Ruhetage der Droschkentischer. Die Kommission habe ihre Aufgabe erfüllt; zuerst sei sie an die Führer herangetreten, diese machten Versprechungen, wollten sich aber nicht binden. Das Polizei-Präsidium, wohin sich die Kommission dann wandte, erklärte nicht befragt zu sein, eine dießzügliche Verordnung zu erlassen, und verwies an die Gesetzgebung. Daraufhin sei eine Petition an den Bundesrath abgegangen, weil die Petenten glaubten, die Regelung der Sonntagsruhe im Droschkentischergewerbe könne gleich in die neue Gewerbe-Novelle mit einbezogen werden, die der Graf Pofadowsky in Aussicht gestellt. Die Kommission wurde ihres Amtes entbunden und den Anwesenden anbeigegeben, genaues Material über die einschlägigen Verhältnisse zu sammeln und dieses dann der in der nächsten Versammlung zu wählenden Agitationskommission zur weiteren Bearbeitung zu übergeben. Schulz brachte darauf die Angelegenheit Werner zur Sprache. Der Droschkentischer Werner geriet mit einem Polizeileutnant aus geringfügigen Ursachen zusammen, wobei der Leutnant den Werner mit dem Degen über den Kopf schlug. Von Seiten Werners wurde Strafantrag gestellt, er wurde jedoch damit abgewiesen; auch die beim Oberstaatsanwalt eingereichte Beschwerde wurde als unbegründet zurückgewiesen. Der Leutnant hatte behauptet, er habe nur den Kopf des Pferdes, nicht aber den Kopf Werners treffen wollen; außerdem habe er sich in der Nothwehr befunden.

Rixdorf. Am 23. Februar fand hier eine öffentliche Maurer-Versammlung statt, in welcher zuerst das Streikgebiet bekannt gemacht wurde. Baumschulenverlei soll mit hinzu gezogen werden. Die Abstimmung der Arbeitslosigkeit findet Donnerstags und Freitags jeder Woche bei Thomas, Bergstr. 162, statt. Die arbeitenden Kollegen haben bis auf weiteres 25 Pf. pro Woche zu zahlen. Ein Antrag, wonach die Lohnkommission berechtigt sei, Gelder aufzunehmen, wird angenommen. Hieran wurde die Petition der Baugewerksmeister an den Reichstag, betreffend die Abänderung der Straßprojekts-Ordnung zwecks größeren Schutzes der Arbeitwilligen gegen den Terrorismus der Streikenden, einer eingehenden Behandlung unterzogen, und sprach ferner Kollege Grodecky über den Pofadowsky'schen Erlass. Nachdem noch gegen die bekannten Mißstände gesprochen war, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Mariensfelde. Der Arbeiter-Bildungsverein für Mariensdorf und Umgegend hielt am Sonntag, den 20. Februar, eine außerordentliche Generalversammlung im Lokal des Herrn Leutwein in Mariensfelde ab. Genosse Lamme hielt einen Vortrag über „Kapitalismus und Sozialismus“. An der Diskussion beteiligten sich Gräulich, Jehorsti und M. Müller im Sinne des Referenten. Der Bericht der Statuten-Berathungskommission wurde mit Ausnahme einiger kleinen formellen Änderungen angenommen.

Weiskener. Die hiesige Zählstelle des deutschen Holzarbeiter-Verbandes hielt am Montag, den 21. Februar, eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, in welcher die beiden Kandidaten zum Verbandstage in Göttingen, Garbat aus Vandenburg und Henning aus Rixdorf, ihre Meinung hauptsächlich betreffs Einführung der Arbeitslosenunterstützung vertraten. Nach einer lebhaften Diskussion, an welcher sich Lubowersky, Götzlich und H. Richter beteiligten, wurde folgende Resolution angenommen: Die Zählstelle Weiskener des deutschen Holzarbeiter-Verbandes erklärt sich gegen die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung, sowie gegen jede Erhöhung der Beiträge. Aus der Wahl ging Garbat hervor. Es wurde jedoch beschlossen, den Delegirten kein gebundenes Mandat mit auf den Weg zu geben. Hieran wurden Remme als erster und Otto Lubowersky als zweiter Bevollmächtigter gewählt, und einstimmig beschlossen, den bisherigen Bevollmächtigten Tischler Franz Ziebel aus dem deutschen Holzarbeiter-Verband auszuscheiden.

Meinickendorf. Am 20. Februar hielt der Arbeiter-Bildungsverein „Zukunft“ seine regelmäßige Vereinsversammlung ab. Herr Dr. Wolke sprach über die geschichtliche Entwicklung der Menschheit. Der Vortrag fand reichen Beifall. Von einer Diskussion nahm man Abstand. Am 20. März findet hier in Wötcher's Werkstatt eine öffentliche Volksversammlung statt, in der Reichstags-Abgeordneter Jubel über den 18. März referiren wird. Aus diesem Grunde fällt die nächste Vereinsversammlung aus.

Berlin zur Förderung der Blumenpflege bei Schulkindern. Generalversammlung am Mittwoch, den 3. März, abends 6 Uhr, im Bageriehaus des Hauptbahnhofs. Vortrag von Herrn Professor Dr. Sauerer: Winte der Blumenpflege.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Die juristische Sprechstunde findet bis zum 5. März am Montag, Donnerstag und Sonnabend abends von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr statt.

N. Z. 100. Sie dürfen in der „Akademischen Hochschule für Kunst“, Wohlthamerstr. 120, mehrere Kunststoffe erhalten. Herr Professor Adolf Schulte ist Vorleser der Vorkursvorlesungen. Sprechstunde in Ausnahmefällen Montag und Donnerstag von 11—12 Uhr vormittags ebenfalls.

Dr. G. In einer der nächsten Nummern.

R.-Sch. Wir bedauern, von Ihrem Artikel keinen Gebrauch machen und Sie nicht zu weiterer Mitarbeit ermuntern zu können.

Wiesbadener, Pringen-Allee. Sie sind mit der Ansetzung selbstverständlich Preise geworden und damit in Preußen bei den Gemeindevorständen hinstimmend. Die Zurückweisung von der Wahl kann daher nur in dem Umfange zu suchen sein, daß Ihr Vater zur Zeit Ihrer Geburt Bayer, Württemberg oder Angehöriger eines anderen Bundesstaates war. Als Minderjähriger nehmen Sie aber die Nationalität Ihres Vaters an.

H. C. Im Wahlkreise Teltow-Beetzow, woju Charlottenburg und Rixdorf gehören, ist Genosse Friz Jubel aufgestellt.

Z. B. Am 19. April 1898.

Sch. Friedbrichshagen. Zu 1: Ja. Zu 2: Ja. — Schlichtholz. Senden Sie das Aufforderungsschreiben ein. — W. S. 82. Die Kaffe ist dazu verpflichtet. — G. S. 10. Zu 1: Ja. Zu 2: Ja. 2000. Reim.

Witterungsübersicht vom 28. Februar 1898, 8 Uhr morgens.

Stationen.	Barometer-stand in mm. reduziert auf d. Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1—12).	Wetter.	Temperatur nach Celsius (°C.) = 40° F.
Swinemünde	758	S	5	Schnee	0
Damberg	757	SW	5	bedeckt	0
Berlin	759	SW	3	Schnee	2
Wiesbaden	762	SW	2	bedeckt	0
München	764	W	4	bedeckt	0
Wien	764	SW	1	Nebel	0
Japananda	761	SO	2	Schnee	—
Petersburg	763	OSO	2	heiter	—9
Coit	766	WSW	3	wolkig	6
Aberdeen	754	W	3	heiter	3
Paris	764	SW	2	heiter	1

Wetter-Prognose für Dienstag, 1. März 1898.

Ein wenig kühler, zeitweise aufklarend, vorwiegend trübe mit geringen Niederschlägen und mäßigen westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Achtung!
Genossinnen und Genossen!
 Dienstag, den 1. März 1898, abends 8 Uhr, in Bickel's Lokal,
 Sagenhaube Nr. 53:
Große Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag der Genossin Frau Louise Ziets aus Hamburg über:
 „Das Programm des Grafen Posadowsky und das Interesse der Frauen.“
 2. Diskussion.
 Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen vertritt
Die Vertrauensperson.
 Mittwoch, den 2. März, abends 8 Uhr, referiert Genossin Ziets
 in der Moabiter Brauerei (früher Krennd), Thurmstraße 25/26,
 über: Die lex Petzge.

Vorläufige Anzeige.
 Am 28. März, abends 8 Uhr, hält Dr. Wilh. Meyer einen
 Vortrag mit vermehrten und verbesserten Lichtbildern über die Reise nach
 Spitzbergen. Wo Billets zu dieser Vorlesung zu haben sind, wird noch be-
 kannt gegeben. 1/11

**Sozialdemokratischer Wahlverein
 für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
 Versammlung**
 am Dienstag, den 1. März 1898, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal
 von Danse, Brunnenstraße Nr. 154.
Tages-Ordnung:
 1. Die Sozialdemokratie und ihre Entwicklung in den letzten 20 Jahren.
 Ref.: Reichstags-Abgeordneter Fritz Zubeil. 2. Diskussion. 3. Vereins-
 angelegenheiten.
 Zahlreiches Erscheinen erwünscht
 6/2411 **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 (Zahlstelle Berlin.)
 Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, bei L. Koller
 (großer Saal), Koppenstr. 29:
Außerordentl. Generalversammlung.
Tages-Ordnung:
 1. Amendement zu dem Antrag betr. Arbeitslosenunterstützung.
 2. Anträge verschiedener Zahlstellen zum Verbandstag. 3. Wahl
 der Delegierten.
 Jedes Mitglied ist verpflichtet zu erscheinen. Ohne Mitgliedsbuch
 kein Eintritt. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
 78/1 **Der Vorstand.**

Mittwoch, den 2. März, abends 8 Uhr:
Vertrauensmänner-Versammlungen:
Süden: bei Krieger, Wasserthorstraße 68.
 Die Kollegen folgender Werkstätten sind besonders hierzu eingeladen:
 Fohl (früher Lange), Reuenburgerstr. 20; Kettner, Reuenburgerstr. 26;
 Bogt u. Krämer, Alte Jakobstr. 20 (inkl. Drechsler u. Raschmiedler).
Südosten: bei Rautenberg, Cranienstr. 180.

Osten und Nordosten: bei Mann, Strahbergerstr. 3.
 Hierzu sind die Kollegen folgender Werkstätten eingeladen: Wolff,
 Krausstr. 38a; Weber, Kleine Andreasstr. 9; Reich, Kleine Andreasstraße.
Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt:
 Schwedterstr. 23 bei Wernau.
Wedding und Gesundbrunnen:
 im Lokale des Herrn Raabe (Kolberger Salon), Kolbergerstr. 28.
 Die Mitglieder der Werkstatt-Kontrollkommission versammeln sich um
 7 Uhr vorm im Lokal.

Westen und Südwesten:
 im Lokale des Herrn Zubeil, Lindenstraße Nr. 106.
Moabit: im Lokale Thurmstraße 84.
**Branche der Musikinstrumenten-Arbeiter
 bei Zubeil, Lindenstraße 106.
 Sitzung der Werkstatt-Delegierten.**
Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Werkstattangelegenheiten. 3. Ver-
 schiedenes. — Nicht der Kollegen ist es, aus jeder Werkstatt einen Delegierten
 zu schicken. Die Sitzung wird pünktlich eröffnet.

**Modell- und Fabrik-Tischler
 im „Vorläufigen Kasino“, Aderstraße 144.
 Tages-Ordnung:** Wora haben wir unser Vertrauensmänner-System,
 Referent: Kollege Wilh. Boy. Hierzu sind sämtliche Holzarbeiter
 folgender Werkstätten eingeladen: Fricker u. Wöhmann, Stallgerstraße;
 Siemens u. Walste, Charlottenburg und Altien-Gesellschaft, vorm. Gessi;
 Friedrichsberg. Alle übrigen Werkstätten müssen unbedingt vertreten sein.

Drechsler.
Norden: Restaurant Hoppe, Aderstraße Nr. 145.
Osten: Restaurant Mehle, Koppenstraße Nr. 41.
Südosten u. Westen: Rest. Metzner, Cranienstr. 184.
**Branche der Parquetbodenleger
 bei Zubeil, Lindenstraße 106:
 Sitzung der Werkstatt-Kontrollkommission
 mit den Vertrauensleuten.**
Tages-Ordnung: 1. Revision des 1896er Lohn tariffs. 2. Die schrift-
 liche Bewilligung unseres 1896er Lohns durch Herrn Fischer und die
 Bezahlung der Parquetbodenleger durch den Zwischenmeister Tabbert bei
 der Firma Fischer. 3. Verschiedenes.
 Die Kollegen, welche bei Tabbert arbeiten, sind dringend eingeladen

Achtung!
Berl. Eisenbahner u. Postunterbeamte!
 Nr. 5 des „Werkruf der Eisenbahner“, Organ des
 B. d. E. D., enthält an erster Stelle den einzigen bisher erschienenen Bericht
 der in Hamburg abgehaltenen großen öffentlichen Versammlung der Post-
 und Eisenbahn-Unterbeamten, in der die Frage der Aufschübung der unteren
 Beamten von der Gehaltssteigerung behandelt wurde.
 Diese Versammlung war gleichzeitig eine wirksame Gegendemonstration
 gegen den Berliner Protestmarsch vom 13. Januar d. J.
 Weiterhin enthält Nr. 5 des „Werkruf“ den für alle
Eisenbahnwerkstätten-Arbeiter

sehr interessanten Bericht der vom Trier'schen Verbands in Bremen ver-
 anstalteten öffentlichen Versammlung, in welcher außer Herrn Peter
 Holz aus Trier und dem Centrums-Abgeordneten Herrn Euler auch der
 Vorredner des B. d. E. D. anwesend war.
 In dieser Versammlung hatte man nicht den Mut, trotz des Centrums-
 redners Anwesenheit, den Gegner zu Wort kommen zu lassen.
 Diese Nummer des „Werkruf“ ist in besonders großer Auflage heraus-
 gegeben und der Preis der Einzelnummer auf **10 Pf. ermäßigt.**
 Zu haben in der Buchhandlung Wehrstr. 2; ferner bei H. Hoffmann,
 Blumenstr. 14, Heinrich Vinger, Friedrichsgracht 10, Karl Salms,
 Rühlstr. 38. Weitere Bestellungen sind unter Beifügung des Betrages
 an den Unterzeichneten zu richten.
 Zeitungsredakteur u. f. w. erhalten Abatt. 266/13
H. Burger, Hamburg, Boltmannstr. 24.

Künstliche Zähne. Stand 10.00, Mandar-Damm.
Betten. Stand 2.50, Bettfedern, Strohp., Bett-
 wäsche, Gardinen, spottb. Bettenhaus
 v. Steffens, Rosenthalerstr. 61, 2 Tr.
 Teilzahlung pr. Woche 1 M.
 Reanderstr. 8.

Charlottenburg.
 Donnerstag, den 3. März, abends 8 Uhr, in Bismarckshöhe:
Große Volksversammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Die bevorstehende Reichstagswahl. Referent: Reichstags-Abgeordneter
Molkenbühr. 2. Diskussion. 3. Abrechnung der Parteispedition.
 4. Verschiedenes.
 Zu regem Besuch laden ein **Die Vertrauensleute.** 202/13

Achtung! Schuhmacher. Achtung!
 Dienstag, den 1. März, abends 8 Uhr, im Lokal Königsbank,
 Gr. Frankfurterstr. 117: 171/8
Große öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Wie haben die Fabrikanten ihr gegebene Versprechen
 gehalten und wie stellen sich die Kollegen zum Streik? 2. Verschiedenes.
 Wir ersuchen die Kollegen, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.
Die Agitations-Kommission.

**Öffentliche
 Steinarbeiter-Versammlung**
 heute Dienstag, abends 7 Uhr,
 im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c.
Tages-Ordnung:
 1. Berichterstattung der Tarif-Kommission über die Antwort der Meister.
 2. Verschiedenes.
 Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es notwendig, daß jeder
 Kollege erscheint. 172/4

Verband der Korbmacher
 Berlin und Umgegend.
 Dienstag, den 1. März, abends 8 Uhr, Cranienstraße Nr. 180:
Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
 1. Die augenblicklichen Arbeitsverhältnisse in unserem Gewerbe. 2. Ver-
 schiedenes. 98/7
 Es wird ersucht, in dieser Versammlung pünktlich und vollzählig zu er-
 scheinen. **Der Vorstand.**

Beim Monatswechsel empfehlen sich folgende
Partei-Expeditionen:

Berlin vierter Wahlkreis O.: Robert Wengels, Frucht-
 straße 30, Hof II. — **SO.:** Fritz Thiel, Stallgerstr. 35 v. part. —
Sechster Wahlkreis (Moabit): Karl Anders, Salzwebers-
 straße 8, part. im Laden. — **Wedding und Oranienburger
 Vorstadt:** Emil Stolzenburg, Wiesenstraße 14. — **Gesund-
 brunnen:** Wilhelm Gahmann, Wühlhakenstr. 64. — **Rosen-
 thaler Vorstadt und Schönhauser Vorstadt:** Karl
 Mars, Kasanien-Allee 95/96. — **Charlottenburg:** Gustav
 Scharnberg, Behaolzstr. 34, Quergeb. part. — **Deutsch-Wilmers-
 dorf:** Frau Häbler, Sigmaringenstr. 34 und Frau Feinmann,
 Sigmaringenstr. 35. (Hier ist auch die „Brandenburgische Volks-Zeitung“ zu
 erhalten). — **Rixdorf:** Oßermann, Erkstraße 6. — **Schöne-
 berg:** Wilhelm Bäumer, Belgischerstr. 59, Seitenflügel part. —
Johannisthal-Nieder- und Ober-Schönweide: Otto
 John, Ober-Schönweide, Siemensstraße 7, Zigarrengeschäft. Annahme-
 stellen: Nieder-Schönweide: Karl Weber, Zigarrengeschäft. Johannist-
 hal: Senfieden, Restaurateur. — **Friedenau-Steglitz:** H.
 Bernice, Kirchstraße 15 in Friedenau. Bestellungen nehmen entgegen in
Steglitz: D. Mohr, Dippelstraße 8, und Fr. Schellhase, Khoru-
 straße 15a. — **Baumgartenweg:** Rich. Ulbricht, Parienthaler-
 straße 18, I.
 Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur, sowie alle wissenschaftlichen
 Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“
 entgegen genommen.
 Um genaue Angabe der Adresse wird
 dringend gebeten.

**Frauen- und Mädchen-Bildungsverein
 für Rixdorf und Umgegend.**
 Am 2. März, abends 8 1/2 Uhr, in Peter's Ballsalon (fr. Wirkung):
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Das Weib im öffentlichen Leben und in der Familie. Referent:
 Herr Dupont (Berlin). 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.
 F. A.: M. Jentze.

Kindertwagen-Haus
August Götze, Berlin N.,
 Brunnenstr. 145, Ecke Rholinsbergerstrasse.
**Riesen-Auswahl in Kinder-, Puppen-,
 Sport-, Kasten- u. Leiterwagen, Kinder-
 holzmöbel und Klappstühle.** 42978*
Korbwaren eigener Fabrik.

**Beerdigungsverein
 Berliner Zimmerleute.**
 Am 28. d. M. verstarb nach langem
 Leiden unser Kamerad der Himmereit
Gustav Frädrieh.
 Die Beerdigung findet Mittwoch,
 nachmittags 3 Uhr, von der Leichen-
 Halle des St. Georgen-Kirchhofes vor
 dem Landberger Thore aus statt.
 10825 **Der Vorstand.**

**Beerdigungsverein
 Berliner Zimmerleute.**
 Am 28. d. M. verstarb nach lang-
 jährigem Leiden unser Kamerad der
 Himmereit
Friedrich Werner.
 Die Beerdigung findet Dienstag,
 nachmittags 4 Uhr vom Trauerhause,
 Schweinendammstr. 40, nach dem Hons-
 kirchhofe in Weissenhofe statt.
 10835 **Der Vorstand.**

**Beerdigungsverein
 Berliner Zimmerleute.**
 Am 28. d. M. verstarb nach lang-
 jährigem Leiden unser Kamerad der
 Himmereit
Friedrich Werner.
 Die Beerdigung findet Dienstag,
 nachmittags 4 Uhr vom Trauerhause,
 Schweinendammstr. 40, nach dem Hons-
 kirchhofe in Weissenhofe statt.
 10835 **Der Vorstand.**

Dankagung. 18966
 Allen denen, welche durch Blumen-
 spenden sowie Teilnahme an der Be-
 tätigung meines lieben Sohnes
Rudolph Breyer demselben die
 letzte Ehre erwiesen und mir ihr aus-
 richtiges Beileid ausgesprochen haben,
 insbesondere dem Buchbinder-Männer-
 chor für seinen stimmungspollen
 Gesang am Grabe spreche ich hiermit
 meinen tiefgefühlten Dank aus.
Eme. Luise Breyer.

Dankagung. 10866
 Für die herzliche Teilnahme und
 reichen Kranzspenden bei dem Be-
 grabnis meines lieben Sohnes
Oskar Hanisch sagen hiermit
 besonders allen Kollegen, Freunden
 und Bekannten meinen besten Dank.
 Die trauernden Hinterbliebenen.

**Kranzbinderei u. Blumen-
 handlung von 40762***
Robert Meyer,
 No. 2. Mariannenstr. No. 2.
 Widmungs-Kränze, Guirlanden, Ball-
 sträußen, Bouquets etc. werden sehr
 geschmackvoll und preiswert geliefert.

Blumenhandlung
P. Abromeit, Berlin SW.,
 Kranze, Bouquets, Topf-
 gewächse, Guirlanden etc.
 Billigste (Marktalen) Preise
 bei geschmackvoller Ausführung.

Für 36 Mark
 fertige feine Anzüge nach Maß, für
 30 M. H. Sommerpaletots nach Maß,
 für 8-12 M. feine Hosen nach Maß.
Riesenstofflager
 Krausenstr. 14, I, kein Laden.
Robert Drescher,
 Lindenstr. 218, am Schönh. Thor,
 empfiehlt sein Weiß- und Bairisch-
 Bierlokal nebst schönem Vereins-
 zimmer. 44052*

Nur Vorderwohnungen zu ver-
 mieten:
Pappel-Allee 106) Gd.
Stargarderstr. 71) Haus
 2enzl. Stuben, Küche u. Boden 15 bis
 16 M. p. Mon. 2 große 3 u. 2enzl.
 Stub., große Berl. Küche, 30 M. p. Mon.

Mühlentstr. 8, nahe Oberbaum-
 Markt, 2enzl. Stuben, 2enzl. Küche, 2
 Schloßchen, 2enzl. Bad, sind von sofort
 und 1. April 1898 freundliche Vorder-
 und Hofwohnungen von 2 u. 1 Stube
 nebst Korridor, Küche, Klotz u. Keller
 oder Boden billig zu vermieten.
 Näheres beim Bewalter. (40662*)
Bergmannstr. 92, 2enzl. Zimmer,
 2enzl. Schlaf. Matzkestr. 18, u. III I

Baer Sohn

24a Chausseestrasse 24a. 11 Brückenstrasse 11.
 16 Gr. Frankfurterstr. 16.

Eröffnung
 der
**Frühjahrs- u. Sommer-
 Saison.**

Das 11. Preis-Buch
ist erschienen
 und wird gratis und franko zugesandt.

Die darin enthaltenen Abbildungen gleichen einem Mode-Journal und
 dürfte unser Katalog für Jedermann, bevor er sich mit Kleidung versieht,
 von allergrößtem Interesse sein. Die Auswahl ist entsprechend unseren
 enormen Waaren-Vorräthen eine ganz bedeutende und dürfte in ihrer Art
 zu den größten in Berlin zählen.

Inhalts-Verzeichniss des 11. Preis-Buches:

Seite 1. Vortheilhaftes Angebot in Stoffen.	Seite 8. Beinkleider für Herren, Jünglinge und Knaben, Rad- fahrer-Hosen, Schlafrocke.
Seite 2. Radfahrer-Anzüge, Sweater, Strümpfe, Mützen, Gamaschen, Kostüme für Radfahrerinnen.	Seite 9. Schul-, Jünglings- und Einsegnungs-Anzüge.
Seite 3. Herren-Anzüge in Jaquet-, Rock-, Gehrock-, Smockings- und Frackfaçons.	Seite 10. Kleidung für Berufs- arten und zwar für Aerzte, Bierfahrer, Buchdrucker, Gra- veure, Kellner, Maler, Maurer, Mechaniker, Monteure, Ma- schinisten, Schlosser u. s. w.
Seite 4. Frühjahrs- u. Sommer- Paletots.	Seite 11. Stoffe meterweise für Anzüge, Hosen, Paletots, Mäntel, Joppen und andere Bekleidung. Maass-Anleitung und Versand-Bestimmungen.
Seite 5. Havelocks, Pelorinen- Mäntel, Gummi-Regenmäntel, Reise-Mäntel, Staub-Mäntel und Hohenzollern-Mäntel.	Seite 12. Knaben-Anzüge in besonders reizender Auswahl.
Seite 6. Maass-Anfertigung in Herren- und Jünglings-Klei- dung.	
Seite 7. Radfahrer-Joppen, Haus-Jaquets, Stoff-Jaquets, Sommer-Jaquets, Loden- Joppen f. Herren u. Jünglinge.	

**HERREN- u. KNABEN-
 Bekleidung.**

Künstliche Zähne, Glombrin u. **Unfallkassen, Klagen, Eingaben** | Grüntraumgeschäft, Materialwaaren
C. Geddeke, Breitestr. 52. | **Patzger, Steglitzerstr. 65.** | verkäuflich für 600 M. Rosendorferstr. 24

Abgeordnetenhaus.

33. Sitzung vom 28. Februar 1898, 11 Uhr.
Am Ministerische Dr. von Miquel und zahlreiche Kommissarien.

Auf der Tagesordnung steht die Spezialberatung des Eisenbahn-Stats.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort Unterstaatssekretär Fleck zu der Mitteilung, daß sein Chef, der Herr Eisenbahnminister, gestern Abend plötzlich an einer heftigen Nierensteinkolik erkrankt sei, so daß sein Zustand es ihm unmöglich mache, heute hier im Hause zu erscheinen. Wie sehr gerade ihm daran lag, hier im Hause Rede und Antwort zu stehen auf alle die zahlreichen Fragen, die sich heute mehr denn je zusammenhängen, das werde hoffentlich ihm das Haus nachempfinden. (Sehr richtig!) Im Namen seines Chefs habe er das Haus zu bitten, die Veranlassung des Eisenbahn-Stats auszuweichen, bis der Gesundheitszustand des Ministers diesem sein Erscheinen im Hause gestattet.

Der Präsident glaubt unter diesen Umständen die Absehung des Eisenbahn-Stats vorschlagen zu müssen und beraumt die nächste Sitzung um 1 Uhr an: Tages-Ordnung: Kleinere Stats.

Schluß 11 1/2 Uhr.

34. Sitzung vom 28. Februar 1898, 1 Uhr.

Am Ministerische: Dr. v. Miquel und zahlreiche Kommissarien.

Eine Reihe kleinerer Stats, namentlich die Stats der Kron-fideikommiss-Rente, des Zuschusses zur Rente des Kron-vermessungs-Fonds, des Kriegsministeriums, der Landes-vermessung und des Staatsministeriums werden debattiert und genehmigt.

Der Stat der Staatsarchive wird nach unerheblicher Debatte bewilligt.

Debattellos werden genehmigt die Stats der General-Ordnungs-Kommission, des Geheimen Zivilkabinetts, der Ober-Rechnungskammer, der Prüfungskommission für höhere Verwaltungsbeamte, des Disziplinarhofes, des Gerichtshofes zur Entscheidung der Kompetenz-konflikte, des Gesessammlungs-Amtes in Berlin, des „Reichs- und Staats-Anzeigers“, des Herrenhauses und des Abgeordnetenhauses.

Beim Stat der Lotterien regt der

Abg. Dr. Arendt (ft.) die Befreiung aller einzelstaatlichen Lotterien zu Gunsten einer einheitlichen Reichs-Lotterie an. Sollte hierauf nicht eingegangen werden können, so möge man den Gedanken einmal näher erwägen, ob eine Pachtung der einzelstaatlichen Lotterien durch das Reich herbeizuführen sich empfehle; auch an eine Lotteriegemeinschaft würde gedacht werden können, wenn Preußen den übrigen Staaten ihre Lotterie-Einnahmen sicher. Der heutige Zustand ist auf die Dauer unhaltbar und giebt zu einer bedenklichen Verfolgungslust Anlaß. Es bleibt gar nichts Anderes übrig, als eine reichsgesetzliche Regelung der Materie, damit auf dem Gebiete der Lotterie ebenso, wie auf dem des bürgerlichen Rechtes endlich Rechtseinheit für das Reich geschaffen wird.

Minister Dr. v. Miquel hält eine einheitliche Regelung dieser Materie für durchaus wünschenswert, schon um damit eine Reihe kontroverser Fragen zu beseitigen, bezüglich der Zulässigkeit von Strafvorfällen, von Lotterie-Verboten u. s. w. Dem Andrängen der Lotterie-Unternehmer ist es oft schwer, zu widerstehen.

Heute werden Lotterien zu den aller verschiedensten Dingen verlangt. Man wird sich darauf beschränken müssen, nur für ganz außergewöhnliche Unternehmungen von nationaler, allgemeiner Bedeutung Lotterien zu bewilligen. Gegenwärtig schweben Unter-handlungen darüber, ob eine Kontingentierung der Lotterien derart möglich ist, daß festgesetzt wird, bis zu welcher Gesamtsumme die Lotterien in einem Jahre bewilligt werden dürfen. Auch vom Reiche aus könnte eine Kontingentierung vielleicht der Zahl der Loose, nach der Kopfzahl der Bevölkerung stattfinden. Eine Ueber-nahme auf das Reich würde Schwierigkeiten bezeugen. Der heutige Zustand ist sehr unerfreulich. Den unter der Form von Waarenlotterien versteckten Geldlotterien wird neuerdings von der Polizei eifrig auf-gespaßt.

Abg. Graf Limburg (L) hält die strengen Strafen gegen das Spielen in auswärtigen Lotterien gerechtfertigt. Jeder dieser Spieler kenne die Strafbarkeit seiner Handlungsweise und verdiene daher kein Mitleid. Die Waarenlotterien sind besonders schädlich, denn die Gewinne seien in ihrem wirklichen Wert sehr gering und damit die Vorteile der Unternehmer entsprechend geringer.

Abg. Dr. Sattler (nall.) findet diese Erörterungen überflüssig, so lange man sich nicht entschließt, die Lotterie in Preußen aufzuheben.

Minister v. Miquel: Das würde die Schwierigkeit, auswärtige Lotterien zu bekämpfen, in Preußen erst recht erhöhen. Wenn Herr Sattler Ersatz bringt für den Ausfall der 9 Millionen Staats-einnahme, so ließe sich auch über die Aufhebung der Lotterie reden.

Der Lotterie-Stat wird genehmigt, ebenso die Stats der See-handlung und der Münzverwaltung.

Morgen (Dienstag) 11 Uhr: Stat der direkten und indirekten Steuern.

Schluß 2 1/2 Uhr.

Soziale Rechtspflege.

Ein Restitutionsverfahren von hervorragender Bedeutung erledigte das Reichs-Versicherungsamt in diesen Tagen. Durch rechtskräftig gewordenen Bescheid vom 7. November 1895 hatte die zuständige Versicherungsanstalt der Arbeiterin M. eine Altersrente zugesprochen. Im Januar 1897 wurde ihr jedoch die Rente wieder entzogen; die Anstalt machte geltend, sie habe jetzt erst ein Urteil des Reichs-Versicherungsamtes vom Juni 1893 aufgefunden, durch das damals die Arbeiterin endgültig mit einem Anspruch auf die Altersrente abgewiesen worden wäre. Hätte sie rechtzeitig von dieser Entscheidung Kenntnis gehabt, dann würde sie der Frau im Jahre 1895 nicht die Rente bewilligt haben. Das Schiedsgericht erkannte zu Gunsten der Versicherungsanstalt; das Reichs-Versicherungsamt hob aber die schiedsgerichtliche Entscheidung auf und wies die Sache an das Schiedsgericht zurück. Das Revisionsgericht führte in der Begründung folgendes aus: Für die Entziehung einer rechtskräftig gewordenen Altersrente seien die Vorschriften der Zivil-Prozessordnung über die Wiederaufnahme des Verfahrens maßgebend (§ 541 und folgende). Somit hätte allerdings der Vorstand der Alters- und Invaliditäts-Versicherungsanstalt als erste Instanz entscheiden müssen, obwohl er Partei sei. Die von ihm durch den angefochtenen Bescheid vom 8. Januar 1897 eingeleitete Restitutionsklage sei indessen vorläufig sachlich unbegründet. Nach § 545 der Zivil-Prozessordnung seien Restitutionsklagen nur zulässig, wenn die Partei ohne ihr Verschulden nicht in der Lage

gewesen sei, den Restitutionsgrund in dem früheren Verfahren geltend zu machen. Hier bleibe jedoch unbekannt, wieso der Vorstand erst nach Erlaß des Rentenbescheides von 1895 von dem fraglichen Urteil des Reichs-Versicherungsamtes Kenntnis erhalten habe, es ließe also noch nicht fest, ob ihn ein Verschulden daran treffe oder nicht. Andere Restitutionsgründe lägen nicht vor. Es sei kein solcher Grund vorhanden, wenn der Vorstand zu der irrigen Annahme der Restitutionspflicht durch Ermittlungen gelangt wäre, die den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprochen hätten. Höchstens könnte erwogen werden, ob vielleicht der Vorstand der Versicherungs-anstalt durch eine Handlung der Klägerin M. getäuscht worden sei, die als Betrug strafbar wäre. Doch müsse auch dies ausbleiben, da eine andere Voraussetzung, die rechtskräftige Verurteilung der Klägerin wegen Betruges fehle. Eine betrügerische Handlungsweise anderer Personen komme nicht in Betracht, da solche Personen die Klägerin in dem früheren Rentenverfahren nicht vertreten hätten. Der Einwand, daß das Urteil des Reichs-Versicherungsamtes aus dem Jahre 1893 der Klägerin für immer jedes Anrecht auf eine Rente genommen habe und daß deshalb die Versicherungsanstalt der Klägerin die ihr nachher doch gewährte Rente jederzeit wieder entziehen könne, sei ebenfalls verfehlt. Erlasse einer Versicherungs-anstalt einen neuen Feststellungsbescheid trotz eines ihm entgegen-gehenden Urteils der höchsten Instanz, dann sei dieser Bescheid zu behandeln wie jeder andere. Somit bleibe nur übrig, vom Schieds-gericht nachprüfen zu lassen, ob der Vorstand der Versicherungsanstalt ohne oder durch sein Verschulden zu spät von dem Urteil des Reichs-Versicherungsamtes aus dem Jahre 1893 Kenntnis erhalten habe.

Eingelassene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, H. W. Dietz Verlag) ist soeben das 22. Heft des 14. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt haben wir hervorgehoben: Vom Grunde der Landwirtschaft. — Die Tätigkeit der Aufhebungscommission in Polen und Westpreußen. Von J. Karst. II. — Emilie Solo. Von Guy de Maupassant. Deutsch von Wilhelm Thal. — Von der Bauernbewegung in Ungarn. — Die Reichs-Offiziere und die französischen Sozialisten. Von G. Bonnier. — Notizen: Gefesselt als Krankeiterregter. — Heulstücken: Eine Kinder-Erinnerung. Aus dem Russischen von H. S. G. Die „Sozialistischen Monatshefte“ (Reaktion und Verlag Berlin N. W. Unter den Eichen 135) haben soeben das Februar-Heft erschienen lassen. Dasselbe enthält eine authentische Darstellung des englischen Sozialismus. — Bauer, S. Treitschke aus der Feder von Tom Mann. Ferner wird in ihm die Kritik über den Stand der sozialistischen Bewegung in den verschiedenen Kulturstaaten, die bereits in Einzelarbeiten den Sozialismus in England, Frankreich, Italien, Polen, Dänemark, Spanien und Ungarn behandelt hat, fortgesetzt durch eine Studie über den Sozialismus in Oesterreich. Der Inhalt des Monatsheftes ist im folgenden: George Sorel: Der Sozialistische Staat. — Otto Vogt: Der Sozialismus in Oesterreich. — Prof. Franz Dax: Das Vaterland. — Dr. Susanna Rubin: Ein; Philipp Mainländer als Sozialist. — Arthur Gillen: Ein Kapitel aus der Frauenfrage. — Giovanni Berda: Reformismus und Sozialismus. — Rundsicht auf: Österreichs Leben (Die Ix Kronen). — Kunst (Allgemeines). — Berliner Bühnen. — Berliner Kuckuckungen. — Dekoratives Kunst. — Paris. — Die „Sozialistischen Monatshefte“ kosten pro Quartal 1,50 M.; Einzelheft 50 Pf. — Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Reisebüros und Post-ämter.

Le Devenir Social. Revue internationale d'économie, d'histoire et de philosophie. Paraît tout les mois en un fasc. de 96 pages gr. in-8°. Abonnement annuel: France, 12 fr.; Etranger, 20 fr. 16, rue Soufflot, Paris. — Sommaire du No. 2 (Février). Essai d'interprétation et de critique de quelques concepts du marxisme. Benedetto Croce. — La municipalisation du sol dans les grandes villes (suite et fin). Luigi Einaudi. — Les bases économiques du marxisme (suite). Heinrich Cunow. — Le Mouvement socialiste à l'étranger. — Belgique (Huysmans). — Angleterre (C. H.). — Italie (Giovanni Lerda). — Revue des Revues. — La Revue Socialiste (H. Lagardelle). — Die Neue Zeit (Es). — The Social Democrat (H. H.). — Revue Critique. — Paul de Roussiers: Le Tradu-tionisme en Angleterre (A. M.). — Notes Bibliographiques. — Strada. — H. Soulier.

M. Grünberg Nachf.

Inhaber: Adolf Jacob

BERLIN N. Müllerstr. 181

Aussergewöhnlich billiges Angebot!

Mehrere tausend Meter

Reste

in Cattun, Satins und Kleiderstoffen, Meter

18 Pl., 24 Pl., 30 Pl.

Ein grosser Posten schwarze Damassé

reine Wolle, doppeltbreit, Meter **50 Pf.**

Ein grosser Posten Chevlots

in allen neuen Farben, doppeltbreit, reine Wolle, Meter **45 Pf.**

Ein grosser Posten Roben **1,80**

eingetheilt in 6 Meter
doppeltbreit, früher Werth 6,00 bis 8,00

Ein grosser Posten Seidenstoffe **60 Pf.**

zu Blousen passend, Meter

Zum Umzug! **5 Pf.**

Ein grosser Posten Gardinen, Meter

Ein grosser Posten Elsasser Hemdentuche, Mtr. **14 Pf.**

Ein grosser Posten Küchen-Handtücher, Stück **10 Pf.**

Ein grosser Posten Haustuch für Laken ohne Naht Mtr. **38 Pf.**

Ein grosser Posten Renforcé, feinfädig, Mtr. **29 Pf.**

Ein grosser Posten Damen-Schnür-Stiefel für Knaben und Mädchen **2,90 Pf.**

Ein grosser Posten Damen-Ziegenleder-Strandschuhe **3,90 Pf.**

durchweg Leder, in drei verschiedenen Façons

Ein grosser Posten Strand-Schnürschuhe, echt Ziegenleder, **2,90 Pf.** an

für Knaben und Mädchen, von

Ein grosser Posten Herren-Zugstiefel, sehr dauerhaft **4,50 Pf.**

Mandel-Oel-Seife

Stück **3 Pl.**

Feinste Toilette-Seife

Stück **6 Pl.**

Glycerin-Seife 100 Gramm

Stück **9 Pl.**

Küchen-Seife grosse Stücke

8 Pl.

Salon-Kerzen 8 im Packet

38 Pl.

